

TAGESORDNUNG

ÖFFENTLICH

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich komme zur Durchsage der gemeinsam abzustimmenden Punkte, das ist von der ordentlichen Tagesordnung der Punkt 3), 4) gegen die KPÖ, 5) bis 9), 11) bis 13), 16). Am Nachtrag 2) und 3). 5) am Nachtrag ist auch abgesetzt.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 22.15 Uhr den Vorsitz.

3) A 8/4 – 16930/2008

Messendorfberg
Übernahme in das öffentliche Gut des
Gdst. Nr. 290/4, EZ 378, KG St. Peter mit
einer Fläche von 144 m²

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 41/2008, beschließen:

Die Übernahme des Gdst. Nr. 290/4, EZ 378, KG St. Peter, mit einer Gesamtfläche von 144 m², welches von der Stadt Graz mit Vereinbarung vom 19.8.2008 und Entschließung vom 12.9.2008 erworben wurde, in das öffentliche Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.

4) A 8/4 – 14865/2006

Lindweg
Auflassung vom öffentlichen Gut und
Einbücherung in das Privatvermögen der
Stadt Graz der Tfl. Nr. 1 (171 m²) Nr. 2
(33 m²) und Nr. 3 (85 m²) des Gdst.Nr.
2985, EZ 50000, KG Geidorf

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 41/2008, beschließen:

1. Die Auflassung der Teilflächen Nr. 1 (171 m²), Nr. 2 (33 m²) und Nr. 3 (85 m²) des Gdst.Nr. 2985, EZ 50000, KG Geidorf, vom öffentlichen Gut und die Einbücherung in das Privatvermögen der Stadt Graz, wird genehmigt.
2. Für allenfalls in diesen Grundstücksflächen befindliche Ver- und Entsorgungsleitungen werden auf Verlangen der Leitungsinhaber entsprechende grundbuchsfähige Dienstbarkeiten eingeräumt.

5) A 8/4 – 39457/2007

Alfatarweg
Kostenlose Abtretung und Übernahme
des Gdst. Nr. 121/13, EZ 478, KG 63116
Neudorf, im Ausmaß von 2.217 m² in das
öffentliche Gut der Stadt Graz

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 5 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 41/2008, beschließen:

- 1.) Der kostenlose Erwerb des Gdst. Nr. 121/13, EZ 478, KG 63116 Neudorf, im Ausmaß von 2.217 m² aus dem Eigentum der Firma Kohlbacher GmbH wird aufgrund der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
- 2.) Die Übernahme des 2,217 m² großen Grundstückes Nr. 121/13, EZ 478, KG 63116 Neudorf, in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

- 3.) Sämtliche mit der Unterfertigung und grundbücherlichen Durchführung des Vertrages verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren, gehen zu Lasten der Stadt Graz.
- 4.) Die Errichtung des Grundabtretungsvertrages und die Herstellung der Grundbuchsordnung wird durch das Präsidialamt – Referat für Zivilrechtsangelegenheiten durchgeführt.

6) A 8/4 – 29011/2005

Steingrabenweg
Errichtung eines Gehsteiges
Übernahme in das öffentliche Gut einer
27 m² großen Teilfläche des Gdst. Nr.
424/2, EZ 2306, KG Wenisbuch

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 41/2008, beschließen:

Die Übernahme einer 27 m² großen Teilfläche Nr. 1 des Gdst. Nr. 424/2, EZ 2306, laut Teilungsplan GZ: 11743/08, welche von der Stadt Graz mit Vereinbarung vom 19.10.2005 und Entschließung vom 24.10.2005 erworben wurde, in das öffentliche Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.

7) A 8/4 – 1744/2001

Esperantoplatz
Übernahme des Gdst. Nr. 2566/2, EZ
1741, KG Lend, mit einer Gesamtfläche
von 66 m² in das öffentliche Gut der Stadt
Graz

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 41/2008, beschließen:

Die Übernahme des städt. Gdst. Nr. 2566/2, EZ 1741, KG Lend, mit einer Gesamtfläche von 66 m² in das öffentliche Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.

8) A 8/4 – 386/2008

Ziernfeldgasse
Auflassung vom öffentlichen Gut der
Stadt Graz und Verkauf des Gdst. Nr.
3040, EZ 50000, KG Geidorf, mit einer
Fläche von 21 m²

Der Finanz-, Liegenschafts- und Beteiligungsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 41/2008, beschließen:

- 1.) Die Auflassung des Gdst. Nr. 3040, EZ 50000, KG Geidorf, mit einer Fläche von 21 m², aus dem öffentlichen Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.
- 2.) Der Verkauf des Gdst. Nr. 3040, EZ 50000, KG Geidorf, an Herrn Dr. Horst Pirker zu einem Kaufpreis von € 310,-/m², somit insgesamt € 6.510,- wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
- 3.) Die Errichtung des Kaufvertrages sowie die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt durch und auf Kosten des Käufers.
- 4.) Sämtliche mit der Unterfertigung und grundbücherlichen Durchführung des Vertrages verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren, einschließlich der Grunderwerbssteuer gehen zu alleinigen Lasten des Käufers.
- 5.) Der Kaufpreis von € 6.510,- ist auf der Fipos 2.84000.001200 zu vereinnahmen.

9) A 8/4 – 9311/2001

Verlängerung Linie 4
Grenzberichtigungen auf Grund der
Endvermessung der Verlängerung der
Straßenbahnlinie 4

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 41/2008, beschließen:

- 1.) Die Auflassung der Teilfläche 11 /25 m²), Nr. 9 (3 m²) und Nr. 10 (7 m²) des Gdst. Nr. 414, und der Teilfläche Nr. 7 (1 m²) des Gdst.Nr. 383/7, je EZ 1304, KG Liebenau, aus dem öffentlichen Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.
- 2.) Die kostenlose Übereignung der Teilfläche Nr. 11(25 m²) des Gdst.Nr. 414, EZ 1304, welche in Punkt 1 vom öffentlichen Gut aufgelassen wurde, zum Gdst.Nr. 276/6, EZ 931, je KG Liebenau, welches sich im Eigentum von Frau Veronika Gruber und Frau Dorothea Thuswohl befindet, wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
- 3.) Die kostenlose Übereignung der Teilfläche Nr. 7 (1 m²) des Gdst.Nr. 383/7 und der Teilfläche Nr. 9 (3 m²) des Gdst.Nr. 414 zum Gdst. Nr. 272/8 sowie der Teilfläche Nr. 10 (7 m²) des Gdst.Nr. 414, zum Gdst. Nr. 275/5, je EZ 433, welche sich im Eigentum von Frau Eva Brünner befinden, wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
- 4.) Die Übernahme der Teilfläche Nr. 12 (5 m²) des Gdst. Nr. 282/4, EZ 59, welche mit EntschlieÙung vom 28.3.2008 durch Herrn Stadtrat Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüsç erworben wurde, in das öffentliche Gut der Stadt Graz, zum Gdst. Nr. 413/2, EZ 1304, wird genehmigt.
- 5.) Die Herstellung der Grundbuchsordnung nach § 15 LTG erfolgt durch das A 10/6 – Stadtvermessungsamt.
- 6.) Die Errichtung der Verträge - wenn erforderlich - erfolgt durch und auf Kosten der Stadt Graz.
- 7.) Sämtliche mit der Unterfertigung und grundbücherlichen Durchführung der Verträge verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren, einschließlich der Grunderwerbsteuer gehen zu alleinigen Lasten der Stadt Graz.

11) A 8/4 – 27998/2008

Am Mühlgraben

a) Verkauf einer 26 m² großen Teilfläche (Nr. 7) des Gdst. Nr. 25/6b und einer 200 m² großen Restfläche (R) des Gdst. Nr. 158/14, je EZ 243, KG Engelsdorf

b) Erwerb einer 111 m² großen Teilfläche des Gdst. Nr. 25/8, EZ 560, KG Engelsdorf und Übernahme in das öffentliche Gut der Stadt Graz

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 5, 6 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. Nr. 41/2008, beschließen:

- 1.) Der Erwerb einer 111 m² großen Teilfläche (Nr. 9) des Gdst. Nr. 25/8, EZ 560, KG Engelsdorf, aus dem Eigentum von Herrn Ing. Matthias Rom, zu einem Kaufpreis von € 105,-/m², somit insgesamt € 11.655,-, wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
- 2.) Der Verkauf einer 26 m² großen Teilfläche Nr. 7 des Gdst. Nr. 25/6, und einer 200 m² großen Restfläche (R) des Gdst. Nr. 158/14, je EZ 243, KG Engelsdorf, zu einem Kaufpreis von € 105,-/m² somit € 23.730,-, an Herrn Ing. Matthias Rom, wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
- 3.) Die Übernahme der Teilfläche Nr. 9 mit einer Fläche von 111 m² des Gdst. Nr. 25/8, EZ 560, KG Engelsdorf, welche in Punkt 1 dieses Beschlusses erworben wurde, in das öffentliche Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.
- 4.) Die Vermessung und die Errichtung des grundbuchs-fähigen Teilungsplanes erfolgte durch das Stadtvermessungsamt auf Kosten der Stadt Graz.
- 5.) Sämtliche mit der Errichtung, Unterfertigung und der grundbücherlichen Durchführung des Tauschvertrages verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren sowie die Grunderwerbssteuer hat jeder Vertragsteil für die ihm zukommenden Grundflächen zu tragen. Die Kosten einer allfälligen rechtsfreundlichen Vertretung hat jeder Vertragsteil für sich alleine zu tragen.
- 6.) Die Errichtung des Tauschvertrages - wenn erforderlich - und die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt durch und auf Kosten der Stadt Graz.

7.) Die Bedeckung für den Grundtausch erfolgt wie nachstehend angeführt:

Der Betrag für den Tauschwert in der Höhe von € 11.655,- ist sowohl auf der Fipos 2.84000.001300 als auch auf der

Fipos 1.84000.001300 zu verbuchen.

Der Restkaufpreis in der Höhe von € 12.075,- ist auf der Fipos 2.84000.001200 zu vereinnahmen.

Die Nebenkosten in der Höhe von ca. € 1.000,- sind auf der Fipos 1.84000.001200 zu bedecken.

12) A 8/4 – 2433/2001

Verkauf einer städtischen
Restliegenschaft Gdst. Nr. 596/1 im
Ausmaß von 58 m², KG 63127
Wenisbuch nahe Reifentalgasse/Am
Rehgrund

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 41/2008 beschließen:

1. Der Verkauf des städtischen Gdst. Nr. 596/1, KG Wenisbuch, im Ausmaß von 58 m², durch die Stadt Graz an den Evangelischen Verein für Studentenheime Graz, Am Rehgrund 4, 8043 Graz wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
2. Der Kaufpreis beträgt € 117,-/m², somit insgesamt € 6.786,-, und ist vom Käufer binnen einem Monat, nach Genehmigung durch den Gemeinderat, bar und abzugsfrei an die Verkäuferin zu entrichten.
3. Sämtliche mit der Errichtung, Unterfertigung und der grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren, einschließlich der Grunderwerbssteuer, gehen zu Lasten des Käufers.
4. Der Kaufpreis von € 6.786,- ist auf der Fipos 2.84000.001200 zu vereinnahmen.

13) A 8/4 – 34993/2008

Wohnbauliegenschaft
Floßlendstraße;
Erwerb der Liegenschaften EZ 1426 und
1736, je KG Lend, im Gesamtausmaß
von 2.828 m²

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 5 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/67 idgF LGBl. 41/2008 beschließen:

- 1.) Die Stadt Graz erwirbt von der Maplowa Liegenschaftsverwaltungsgesellschaft m.b.H, Hochbergstraße 1, 2380 Perchtoldsdorf, die im Grundbuch 63104 Lend einkommende Liegenschaft EZ 1426, bestehend aus den Gdst. Nr. 1899/7 (869 m²), Nr. 1900/ (130 m²) und Nr. 1923/2 (34 m²), im unverbürgten Ausmaß von 1.033 m², sowie die im Grundbuch 63104 Lend einkommende Liegenschaft EZ 1736, bestehend aus den Gdst. Nr. 1899/2 (1.222 m²), Nr. 1899/3 (52 m²) und Nr. 1899/8 (521 m²), im unverbürgten Ausmaß von 1.795 m² (Gesamtausmaß somit 2.828 m²), zu einem Kaufpreis von € 530.000,-im Sinne der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Organbeschlusses bildet.
- 2.) Die Errichtung des Kaufvertrages, die grundbücherliche Durchführung und sämtliche damit verbundenen Kosten gehen zu Lasten der Stadt Graz.
- 3.) Die Bedeckung des Kaufpreises in der Höhe von € 530.000,- zzgl. der Nebenkosten von ca. € 37.000,- erfolgt auf der
Fipos 1.84000.001200 € 427.000,-
Fipos 1.84000.001800 € 70.000,-
Fipos 1.84000.010800 € 70.000,-
Kostenstelle K 0804 5001

16) GGZ 17345/2006

Geriatrische Gesundheitszentren
Betreutes Wohnen am Oeverseepark
Bestand- und Betreuungsvertrag

Der Verwaltungsausschuss für die Geriatrischen Gesundheitszentren stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den Bestand- und Betreuungsvertrag für das „Betreute Wohnen am Oeverseepark“ genehmigen.

NT 2) A 8 – 18090/06-28

Graz Tourismus und Stadtmarketing GmbH; Sondergesellschafterzuschuss in der Höhe von Euro 140.000,00; Abschluss eines Finanzierungsvertrages

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Zif. 10 iVm § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 41/2008 beschließen:

Der Abschluss des einen integrierenden Bestandteil bildenden Finanzierungsvertrages, abzuschließen zwischen der Gesellschafterin der Graz Tourismus- und Stadtmarketing GmbH, Stadt Graz und der Graz Tourismus- und Stadtmarketing GmbH, wird genehmigt.

Die hauhaltsplanmäßige Vorsorge findet sich auf der Fipos 1.26900.755100 „Lfd. Transfers an Unternehmungen, GTG“.

NT 3) A 8 – 21777/2006-94

Verkehrsverbund Steiermark; Genehmigung zum Abschluss eines Finanzierungsvertrages über ergänzende Verkehrsleitungen der GVB für den Zeitraum 2008-2012

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemäß § 45 Abs. 2 Zif. 10 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 41/2008 wird der Abschluss des Finanzierungsvertrages

zwischen dem Land Steiermark, der Steirischen Verkehrsverbund GmbH und der Landeshauptstadt Graz über die Finanzierung jener Zusatzbestellungen, welche ab 2008 über den Verkehrsfinanzierungsvertrag der Stadt Graz mit der Graz AG geregelt werden, für den Zeitraum 1.1.2008 bis 31.12.2012 genehmigt.

Die Tagesordnungspunkte 3), 5), 6), 7), 8), 9), 11), 12), 13), 16), NT 2) und NT 3) wurden einstimmig angenommen.

Der Tagesordnungspunkt 4) wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Pogner

- | | |
|--------------------|------------------------------|
| 1) A 1 – 55/2008-8 | <u>Dienstpostenplan 2008</u> |
| A 8 – 2559/2007-6 | <u>Abänderung</u> |

GR. **Pogner:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Der Dienstpostenplan 2008 ist ein wahrlich ordentliches Paket und im Jahr 2007 ist der Dienstpostenplan in Kraft getreten mit Gemeinderatsbeschluss vom 28.6.2007 und der ist im Budgetprovisorium in das Jahr 2008 übernommen worden. Entsprechend geänderter personalwirtschaftlicher Verhältnisse ist nunmehr die Aktualisierung des Dienstpostenplanes erforderlich. Der vorliegende Entwurf, der zum 1.10.2008 in Kraft treten soll, umfasst einige Anpassungen, zum Beispiel wird die Ordnungswache berücksichtigt. Ich mache das jetzt stichwortmäßig. Das Parkraumservice, eine personelle Stärkung der Bibliotheken ist vorgesehen, im Amt für Jugend und Familie gibt es drei neue Dienstposten, im Service-Center im Amtshaus zwei Dienstposten, bei der Feuerwehr kommen 11 Dienstposten dazu und dann gibt es auch noch Abteilungen, die etwas eingespart haben, Personaleinsparungen im Ausmaß von 4 Dienstposten in der Abteilung für Gemeindeabgaben und dann sind auch noch die Fairbewertungen eingearbeitet worden. Weiters sind die Einziehungen, ebenfalls auf Grund von Fair eingearbeitet worden und der Dienstpostenplan wurde am 16.9.2008 vom Zentralausschuss genehmigt und ebenfalls vom Ausschuss für Verfassung,

Personal, Organisation, EDV, Katastrophenschutz und Feuerwehr sowie Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss genehmigt und daher stelle ich den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dem in der Anlage angeschlossenen, dieses schöne Paket hier, und einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildenden Entwurf des Dienstpostenplanes 2008 zuzustimmen.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Verfassung, Personal, Organisation, EDV, Katastrophenschutz und Feuerwehr sowie des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem in der Anlage angeschlossenen und einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildenden Entwurf des Dienstpostenplans 2008 wird zugestimmt. Der Dienstpostenplan tritt mit 1.10.2008 in Kraft.

GR. Mag. **Mariacher**: Der Abend ist wirklich spannend, seitens der ÖVP wird von einem schönen Paket gesprochen, wir alle haben über die Finanzmisere gesprochen, im Finanzausschuss wurde gesagt, dass man bereits für das Jahr 2009 an einer Prolongierung des Dienstpostenplanes 2008 denkt, also eigentlich Pfingsten, Ostern, Weihnachten an einem Tag. Finanzmisere ade, Schulden ade, es ist Weihnachten. Zumindest kommt es einem so vor. Die in dieser Unterlage enthaltenen Positionen sind der Sache nach, ich denke an die Ordnungswache oder an die Feuerwehr, Stichwort Feuerwache Süd, natürlich zu bedecken, was fehlt, ist hier ganz klar eine entsprechende Berechnungsgrundlage, die auch für uns nachvollziehbar wäre. Die Nachvollziehbarkeit ist absolut notwendig, um auch wirklich sichtbar zu machen, ob es eine Unter- oder Überdeckung sozusagen gibt, ob die Mitarbeiter unterfordert sind oder es allenfalls eine Überforderung gibt, die ja auch, wie wir wissen, in ganz schädliche gesundheitliche Situationen führen können, ich denke an Burnout-Syndrom und, und, und. Die Belastungen sind ja in manchen Bereichen sehr groß. Ich denke daher, dass so eine Unterlage in dieser Art und Weise nicht würdig ist, beschlossen zu werden vor diesem finanziellen Hintergrund seitens der Stadt Graz. Es ist dringend erforderlich hier, so wie es auch vom

Landesrechnungshof im Landesbereich, bei den Krankenanstalten erforderlich gemacht wird und auch nachvollziehbar darzulegen ist, eine leistungsorientierte Personalbedarfsberechnung darzustellen, die auf Kennzahlen beruht, um hier wirklich die Ziele der Serviceeinheiten, die die Stadt Graz bietet, mit den Ressourcen, die wir der Stadt Graz zur Verfügung stellen, in Deckungsgleichheit zu bringen. Alles andere ist eine Farce, ein Verhandlungsergebnis von Rot/Schwarz/Grün und der finanziellen Situation der Stadt Graz unwürdig. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Kolar:** Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Dienstpostenplan ist letztendlich eine Abbildung der Leistungen der Stadt Graz, der Daseinsvorsorge, die wir als Stadt hier mitanbieten und ich bin nicht deiner Meinung, dass das letztendlich eine Farce ist, die hier vorgelegt wird, sondern sehr wohl auch Substanz und Inhalt hat. Obwohl auch zu sagen ist, dass natürlich der Dienstpostenplan spät kommt, sehr spät kommt. Wir haben das schon lange vorbereitet gehabt, es hat letztendlich in der Einbindung des Koalitionspartners scheinbar auch da wieder das eine oder andere Problem gegeben. Ob das jetzt gelungen ist, das aufzuklären, weiß ich nicht, ich hätte das gerne auch hinterfragt, weil beim letzten Absetzen im Personal- und Finanzausschuss letztendlich der Kollege Wohlfahrt dementsprechend nachgefragt hat, dass es hier zu Berechnungsgrundlagen kommt, diese Berechnungsgrundlagen liegen bis heute nicht vor, es hat dann scheinbar doch eine andere Möglichkeit der Zustimmung gegeben. Grundsätzlich steckt einiges Positives im Dienstpostenplan, das hat der Kollege Pognner hier mitangeführt. Es gibt auch einige wichtige Punkte der Dienstpostenvermehrung, man darf auch ansprechen, dass auch die politischen Büros letztendlich aufgewertet wurden. Wichtig erscheint mir auch dabei, dass der nächste Dienstpostenplan, so wie es auch der Herr Bürgermeister und zuständige Personalreferent gesagt hat, dementsprechend vorbereitet wird und auch die offenen Fragen, die hier im Dienstpostenplan noch mitanstehen, dementsprechend auch dann aufgearbeitet und repariert werden. In diesem Sinne stimmen wir diesem Dienstpostenplan zu.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Frölich

2) A 8 – 30180/06-13

Informationsbericht Beteiligungs-
controlling; Soll-Ist-Vergleich 2. Quartal
2008

Mag. **Frölich**: Ich darf berichten ein Stück aus dem Beteiligungsausschuss. Das allseits bekannte Beteiligungscontrolling, es liegt vor der Soll-Ist-Vergleich zum 2. Quartal. Zusammenfassend kann im Kern gesagt werden, dass die Umsatzerlöse der Beteiligungsgesellschaften im Wesentlichen im Plan liegen. Die Halbjahresergebnisse bei vielen Gesellschaften im geringen Ausmaß über den Budgets liegen, was aber zum Teil auf dargestellte und erkennbare Verschiebungseffekte zurückzuführen ist. Im Bereich der Investitionen setzt sich der Trend, der in den Vorjahren im Bereich dieser Soll-Ist-Vergleiche schon erkennbar war, fort, dass nämlich Investitionsverschiebungen in das zweite Halbjahr festzustellen sind, insbesondere bei der Graz AG, bei Messe und GBG, im Hinblick hier insbesondere auf Fölling. Ich darf im Namen des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag stellen, der Gemeinderat möge den vorliegenden Informationsbericht zur Kenntnis nehmen.

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle den vorliegenden Informationsbericht zur Kenntnis nehmen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. Dr. Hofmann-Wellenhof

14) A 14-K-904/2005-49

09.11.0 Bebauungsplan „Obere
Teichstraße“, IX. Bez., KG. Waltendorf

Dr. **Hofmann-Wellenhof**: Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Ich bringe ein Stück vom Ruckerlberg mit. Es geht konkret um einen Bebauungsplan in der

Oberen Teichstraße in der Größe von rund 30.000 m². Dieser Bebauungsplan wurde heftigst diskutiert, damit das möglich war, wurde er aufgelegt und zwar im November bereits 2007, es gab auch eine Verlängerung dann hinein bis zum März 2008, und auch eine Informationsveranstaltung wurde schließlich im März veranstaltet. Gegen diesen Bebauungsplan gab es rund 33 Einwendungen, ich zähle nur taxativ auf, nicht alle dem Inhalt nach, es ging um zu hohe Bebauungsdichte auf der einen Seite, zuviel Verkehr, dann störte die Bezeichnung autofreie Gartenstadt, es ging gegen die Oberflächenwässer, es ging um eine verminderte Luftgüte und auch um die Bebauung im Grüngürtel. Diese Einwendungen wurden klarerweise intensiv behandelt und es kam zu Änderungen gegenüber dem Auflageentwurf. Hier geht es um rund 15 Punkte, die möchte ich Ihnen auf Grund der fortgeschrittenen Zeit klarerweise nicht alle zumuten, aber doch vielleicht die wichtigsten erwähnen. Zunächst wurde einmal festgelegt, dass diese Bebauungsdichte, die pro Bauplatz bei 0,3 maximal liegt, wirklich festgehalten wird, wobei man insbesondere auf die Kellergeschosse einging, dass diese Kellergeschosse nicht später dann umgebaut werden können als Wohnfläche, das wurde dezidiert festgelegt. Ein weiterer Punkt auch, dass die notwendigen Baumpflanzungen sehr genau einzuhalten sind, also dass der Grüngürtel zumindest teilweise wieder hergestellt wird. Beim Planwerk gab es zahlreiche Änderungen. Ich zähle auch hier nur die wichtigsten auf, und zwar wurden die Baugrenzlinien einschränkender festgelegt, das heißt, man kann nur kleiner bauen, zu dem wurde gegenüber den Nachbarn im Osten ein fünf Meter breiter Streifen eingerichtet, das ganze Bauwerk also um fünf Meter nach Westen versetzt, dadurch wurden die Nachbarn im Osten zufriedengestellt. Es wurden auch gewisse Häusertypen nicht mehr genehmigt, Winkelhäuser und Stadthäuser sind hier die Begriffe, so dass schließlich dann im Wesentlichen diesem Auflageentwurf zugestimmt werden konnte. Auch zum Verkehr gab es einige Änderungen, und zwar gibt es hier eine Stellungnahme der Verkehrsplanung, auch die lese ich Ihnen nicht im Detail vor, weil sie relativ umfangreich ist, aber ich zitiere auszugsweise aus dieser Planung. Und zwar wurde sowohl die Errichtung eines Gehweges in der Oberen Teichstraße im Abschnitt Pistotnikgasse bis Kaiserwaldweg gefordert als auch ein Linksabbiegestreifen in der Waltendorfer Hauptstraße stadtauswärts in die Obere Teichstraße. Zudem eine Haltestelle und für diese Verkehrsmaßnahmen sind grob geschätzt 350.000 Euro Finanzierungsbedarf. Soweit einmal zum Bericht. Ich stelle nun den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, Punkt 1, die Aufhebung

eines Teiles des Aufschließungsgebietes, Punkt 2, den Bebauungsplan Obere Teichstraße, der klarerweise gegliedert ist in Wortlaut, Darstellung und Erläuterungsbericht und Punkt 3, die Einwendungserledigungen.

Der Berichterstatter stellt namens des Gemeindeumweltausschusses und des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle

1. die Aufhebung eines Teiles des Aufschließungsgebietes Nr. 08.09,
2. den 09.11.0 Bebauungsplan „Obere Teichstraße“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie
3. die Einwendungserledigungen beschließen.

GR. **Grosz:** Hoher Gemeinderat! Ich habe mich mit diesem Thema die letzten sechs Monate intensiv beschäftigt, auch mit den Wünschen der Anrainerinnen und Anrainer, mit denen wir zu Recht auch konfrontiert worden sind und Gemeinderat Hofrat Wellenhof hat gesagt, es wurde bei den Änderungen auf die Nachbarn zugegangen. Ich kann Ihnen mitteilen, dass ich keinen Einzigen. Niemanden die letzten acht Monate in dieser Stadt getroffen habe, außer dem Herrn Pölzl und einem gewissen Herrn Popmeier, zwei Personen, um genau zu sein, zwei Personen in dieser Stadt, die diesem Projekt ihre Zustimmung erteilen, sondern ganz im Gegenteil, ich weiß, dass 500/600 Menschen gegen dieses Projekt sind und einige sich auch gegen dieses Projekt in persönlichen Gesprächen mit mir in Unterschriftenaktionen ausgesprochen haben. Und ich glaube, dieser Gemeinderat hat durchaus auch die Aufgabe, im Interesse als Volksvertretung der Bevölkerung abzustimmen, so habe ich zumindest Politik verstanden und wenn ich dort eine Volksbefragung machen würde, dann würde 99 % unterm Strich herauskommen, die dieses Projekt nicht wollen und daher ersuche ich Sie eindringlich, diesem Bebauungsplan nicht Ihre Zustimmung zu erteilen. Wir haben die Aufgabe, die dortigen Anrainer dort zu vertreten und nicht einem Grundstücksverkäufer, der sein

Grundstück loswerden will zu einem hohen Preis und unsere Auftraggeber sind auch nicht Projektentwickler, die ihr gutes Geschäft mit diesen Bereichen machen, währenddessen die Wohnqualität dort massiv leidet und leider Gottes ist die Verkehrsreferentin jetzt hinausgegangen, aber auch die Verkehrsreferentin, sofern sie sich eingearbeitet hat, wissen müsste, dass es dort zu massiven Problemen kommen wird in der Oberen Teichstraße, weil einfach die Zufahrten und die Abfahrtswege nicht für eine Bebauung dort geeignet sind. Und daher bitte ich Sie wirklich, wenn Sie sich zu dem noch nicht durchgerungen haben, dagegen zustimmen, zumindest dieses Stück noch einmal zurückzustellen bis zur nächsten Gemeinderatssitzung und sich selbst davon zu überzeugen, wenn Sie mir keinen Glauben schenken, dass dort eine qualifizierte Mehrheit von 99 % der dortig lebenden Bevölkerung sich gegen diese Bebauung ausspricht und wir daher auch die verdammte Pflicht haben, dem Wunsch der Bevölkerung Folge zu leisten. Ich danke.

StRin. Mag.^a **Fluch**: Trotz der fortgeschrittenen Stunde vielleicht in aller Kürze. Ich halte dem Herrn Gemeinderat Grosz zugute, dass er als Angehöriger einer Kleinstfraktion hier im Gemeinderat zwar eingeladen ist zu Ausschusssitzungen, aber sicherlich auf Grund auch von Zeitressourcen nicht an allen Ausschüssen teilnehmen kann. Als Gemeinderat könnten Sie an allen Sitzungen von Ausschüssen teilnehmen, zwar nicht mit beschlussfassender Stimme, aber sehr wohl, um die Informationen auch zu erhalten und auf das beziehe ich mich. Diejenigen Fraktionen, die in dem Ausschuss auch vertreten sind und den Ausschusssitzungen beigewohnt haben, wissen, dass dieses Stück sehr ausführlich diskutiert wurde. Dass es eine lange, lange Genese hat, wir haben vor der letzten Gemeinderatssitzung ein Versprechen eingelöst, das ich gemeinsam auch mit den Raumordnungssprechern der Fraktionen, die im Raumordnungsausschuss vertreten sind, abgegeben habe, dass wir nämlich noch einmal das Gespräch gesucht haben mit dem Schutzverein Ruckerlberg, für den die Frau Steffen heute auch auf der Galerie anwesend ist, um noch einmal darüber zu sprechen, was sozusagen die Bedenken des Schutzvereines sind, der Bürgerinitiative sind, um noch einmal klarzulegen, welche Verbesserungen wir im Bebauungsplan auch noch hineingearbeitet haben, was die Dinge sind, die wir auf

Grund der Einwendungen der Anrainer noch einmal berücksichtigt haben. Dieses Stück hat eine sehr lange Genese. Klar ist, es geht um Bauland im Grüngürtel, das ist immer eine sensible Geschichte, klar ist, wir haben eine Stadt, die wächst und es geht darum, ob wir sozusagen in Bereichen, die jetzt bereits als Bauland gewidmet sind, bauen, dort möglichst verträglich bauen und ich weiß, dieses möglichst verträglich ist eine Geschichte, die immer diskussionswürdig ist. Dieser Diskussion haben wir uns nicht entzogen, diese Diskussion haben wir geführt und das sage ich, diese Diskussion haben, glaube ich, auch alle Fraktionen in diesem Haus über Monate hinweg geführt. Wenn wir sagen, dass wir in solchen Bereichen, die natürlich auch höchste Lebensqualität bedeuten in unserer Stadt Graz, in Zukunft nicht mehr bauen oder sozusagen eine Einzelhausverbauung vorsehen, dann werden wir bei der nächsten Ausweisung des Flächenwidmungsplanes unter ordentlichen Druck kommen, denn dann geht es wirklich auf weiteres Grünland. Wir haben eine wachsende Stadt, wir haben Baulandreserven, ich denke, wir sollten dort, wo es eine Bauwidmung gibt, Bauen auch zuzulassen, es ist unsere Verantwortung, als Gemeinderat der Stadt Graz sehr gut vorzubereiten und die Bedenken möglichst einzuarbeiten in einen Bebauungsplan, aber dann liegt es an uns, am Gemeinderat, auch einen Beschluss zu fassen. Nach meiner Meinung ist dieses Stück sehr gewissenhaft vorbereitet worden, wir haben damit nicht alle Bedenken der unmittelbaren Anrainer ausräumen können, aber wir sind ihnen dort, wo wir gedacht haben, dass es notwendig ist, entgegengekommen und haben versucht, das alles in dieses Stück einzuarbeiten. Das möchte ich nämlich dem Herrn Gemeinderat Grosz noch einmal mitgeben, ich möchte ganz bewusst sagen, die Mitglieder des Ausschusses haben sich sehr intensiv mit dieser Frage auseinandergesetzt. Das war keine leichte Diskussion, keiner von uns hat es sich leicht gemacht, aber ich denke, das was heute zur Beschlussfassung vorliegt, kann mit bestem Gewissen vertreten werden und deswegen bitte ich darum,...

Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.

Mag.^a **Fluch**: Herr Gemeinderat Grosz, ich bitte Sie, solche Dinge dann in Zukunft auch in den Diskussionen einzubringen, wo auf fachlicher Ebene auch diskutiert wird, denn wie gesagt, der Fachausschuss hat auf sehr hoch stehendem Niveau auch den Dialog mit den Bürgern gesucht und in diesem Sinne bitte ich auch um entsprechende Annahme dieses Stückes. Danke vielmals (*Applaus ÖVP*).

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen (39 : 8)

Berichterstatterin: GR. Krampfl

15) A 14-K-620/1998-47

12.07.1 Bebauungsplan „Nepomukgasse“
XII. Bez., KG. Andritz
Beschluss

GRin. **Krampfl**: Ein vergleichsweise einfacher Bebauungsplan, zumindest hat er uns nicht viele Monate in Anspruch genommen. Es geht um eine Änderung des Bebauungsplanes Nepomukgasse, und zwar hat der Gemeinderat im Jahr 2003 den Bebauungsplan Nepomukgasse beschlossen. Im südlichen Bereich des Grundstückes wurde damals ein Brunnenschutzgebiet festgelegt, in dem jede Bebauung und die Errichtung von Kfz-Abstellplätzen unzulässig war. Das heißt, dieses Grundstück, dieser Teil dieses Grundstückes war damals vom Bebauungsplan ausgenommen. Mit Bescheid des Landes Steiermark vom 22. Jänner 2007 wurde nun das Wasserschutzgebiet in diesem Teilbereich aufgehoben und das Wasserrecht gelöscht, sodass nunmehr auch dieser Teil bebaut werden kann. Für diesen Teil ist ein Gestaltungskonzept erstellt worden, das sieben Wohngebäude mit zwei Geschossen plus penthouseartigen Vorbau vorsieht. Insgesamt sollen dort 30 Wohneinheiten errichtet werden. Während der Auflagezeit sind fünf Einwendungen eingelangt und eine ergänzende Stellungnahme, die zu einer Abänderung teilweise des Bebauungsplanes geführt hat. Es hat sich insofern geändert, dass das Planwerk des Bebauungsplanes Nepomukgasse sich nunmehr auf die Grundstücke 288/36 und 288/34 beschränkt und der rechtsgültige Bebauungsplan für die Grundstücke 288/35 und 288/44 unverändert bleibt. Die

Einwendungen wurden im Ausschuss sorgfältig diskutiert, wurden behandelt, und ich stelle daher im Namen des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle den Bebauungsplan Nepomukgasse bestehend aus Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie die Einwendungserledigungen beschließen. Danke.

Die Berichterstatterin stellt namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle

1. den 12.07.1 Bebauungsplan „Nepomukgasse“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie
2. die Einwendungserledigungen beschließen.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen (42 : 6)

Berichterstatterin: GR. Mag.^a Grabe

17) StRH – 1847/2008

Bericht über die Prüfung betreffend die
Teilnahme von Dienststellen der Stadt
Graz an EU-Projekten

Mag.^a **Grabe**: Hierbei handelt es sich um ein Stück des Stadtrechnungshofes als geschäftsführende Abteilung des Kontrollausschusses. Eben ein Prüfbericht über die Teilnahme von Dienststellen der Stadt Graz an EU-Projekten. Diese Prüfung hatte fünf Prüfungsziele, das erste, inwieweit entspricht die Teilnahme der Magistratsabteilungen der Stadt Graz an solchen EU-Projekten dem Grundsatz der Zweckmäßigkeit, insbesondere sind sie der Internationalisierungsstrategie der Stadt einordenbar? Zweitens, welche Abteilungen in welchem Umfang teilgenommen haben, wie es zu Einzelentscheidungen gekommen ist für die Teilnahme oder gegen die Teilnahme und worin der Nutzen einer solchen Teilnahme im konkreten Einzelfall

gelegen ist. Dann drittens, inwieweit die magistratsinterne Organisation den Erfordernissen für solche EU-Projekte entspricht hinsichtlich personeller Ausstattung und Aufwand für Bürokratiekosten. Viertens, wie hoch ist der Anteil an externen Beraterleistungen, wahrscheinlich auch Beraterinnenleistungen, bei den einzelnen Projekten und gibt es hier Rationalisierungspotenzial und fünftens, Empfehlungen für die Zukunft hinsichtlich der Organisation der Teilnahme solcher EU-Projekte. Die Ergebnisse der Prüfung betreffen jetzt mehrere Bereiche. Erstens, zur Organisation der künftigen Europaarbeit der Stadt Graz wird festgestellt, dass es Abweichungen gibt von früheren Zielvorgaben und das Doppelgleisigkeiten bestehen. Abweichungen bestehen insofern, als die Zielvorgaben, nämlich der Wahrnehmung von EU-Kontakten, Vernetzung usw. nicht im vollen Ausmaß ausgeübt worden sind, weil sich herausgestellt hat, dass es sinnvoller ist, EU-Kontakte über die jeweilige fachspezifische Schiene zu pflegen und nicht über eine zentrale Stelle und Doppelgleisigkeiten entstanden oder würden genau aus solchen Gründen entstehen, dass es einerseits eine zentrale Stelle gibt und andererseits fachspezifische eigene Kontakte. Daher gab es die Empfehlung, dass der Aufgabenumfang dieser EU-spezifischen Dienststelle angepasst werden soll, und zwar soll erstens dem Referat für internationale Beziehungen vor allem diese Vernetzungsaufgaben zukommen und die Aufgabe für einen jährlichen Bericht an den Gemeinderat zu sorgen. Die inhaltlichen Aufgaben und Hilfestellungen für inhaltliche Fragen soll aber die Stadtbaudirektion als fachlich inhaltliche Clearingstelle übernehmen. Insgesamt wird gesagt, dass bei einer solchen Querschnittsmaterie eine dezentrale Struktur von Vorteil ist und dass es die Notwendigkeit gibt, ein einheitliches Dokumentationswesen einzuführen, um die Kosten- und Nutzenrechnungen der einzelnen Projekte wirklich vergleichen zu können. Das führt auch zum zweiten Punkt, den Ergebnissen bezüglich der Abwicklung und finanziellen Darstellung der Teilnahme von EU-Projekten. Um den Ablauf von EU-Projekten, also einen vergleichbaren Überblick zu bekommen, wäre es notwendig, den Ablauf dieser EU-Projekte zu standardisieren, das bedeutet auch, dass die Darstellung von EU-Projektteilnahmen zu normieren ist, sei es über SAP, sei es über ein geeignetes Formblatt mit Eckdaten der jeweiligen Projektteilnahme. Zweck des Ganzen ist, die Gesamtkosten zu beziffern und sichtbar machen zu können, die erzielten Förderbeiträge und die verursachten Zusatzkosten übersichtlicher zu erkennen und vergleichen zu können. Dazu merkt der Prüfbericht des Stadtrechnungshofes an,

dass eine genaue Projektkostenrechnung in Personal-, Sach- und Bürokratiekosten der EU-Projektteilnahmen eindeutig erfasst sind, im Moment noch fehlt und regt an, dass das nachzuholen wäre oder auszuweiten wäre. Ein weiteres Ziel der Prüfung betrifft die Frage, ob es der Vergleich von Insourcing oder Vergabe von Leistungen, Aufgaben an externe BeraterInnen, und die Prüfergebnisse des Stadtrechnungshofes sprechen sehr stark gegen die Schaffung eines solchen Dienstpostens, aus dem einen Hauptgrund, dass die Auslastung nicht gleichmäßig ist, sodass es dann sinnvoller ist, das den jeweiligen fachlich kompetenten Stellen zu übertragen. Was diesen vorletzten Punkt der Zweckmäßigkeit von Projektteilnahmen betrifft, bestätigt der Stadtrechnungshof, dass es keine Abweichungen von sonstigen Abteilungszielen und Strategien gibt, auch wenn in Einzelfällen die Frage, ob das zur Abteilungsstrategie passt, großzügig interpretiert werden musste. Und als letzter Punkt wird zusammenfassend festgestellt, dass die Internationalisierungsstrategie und die Teilnahme an EU-Projekten in sehr vielen Fällen nicht nur zweckmäßig ist, sondern sogar geboten ist, wenn es darum geht, Vernetzung mit Städten und Regionen mit ähnlichen Problemlagen zu erreichen beziehungsweise auch weil Vernetzung eine Grundvoraussetzung für den Standortwettbewerb und den Erfolg dabei ist. Dieser Bericht wurde im Kontrollausschuss ausführlich diskutiert und der Kontrollausschuss hat daher dann folgende Stellungnahme abgegeben: Der Kontrollausschuss hat den vom Stadtrechnungshof vorgelegten Bericht und die darin enthaltenen Feststellungen ausführlich diskutiert. Sämtliche Berichtsteile betreffend die Teilnahme von Dienststellen der Stadt Graz an EU-Projekten wurden vom Kontrollausschuss zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Schönegger

18) StRH-3122/2007

Bericht betreffend die Prüfung
Handelsmarketing Graz GmbH

Mag. **Schönegger**: Hoher Gemeinderat! Es handelt sich hierbei um ein Stück des Stadtrechnungshofes. Der Stadtrechnungshof hat die Handelsmarketing Graz GmbH in gewohnt solider, ordentlicher und gewissenhafter Art und Weise mit dem nötigen kritischen Abstand geprüft. Dabei wurde den Bestimmungen des Stadtrechnungshofes gemäß auf Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit ein besonderes Augenmerk gelegt. Das Stück wurde im Ausschuss durchaus kontroversiell diskutiert. Im Großen und Ganzen wurde der Handelsmarketing Graz GmbH ein positives Zeugnis vom Stadtrechnungshof ausgestellt mit der einen oder anderen Differenzierung, die aber die Kollegin Bergmann noch vorbringen wird. Ansonsten wurde das Stück im Ausschuss beschlossen und ich gehe davon aus, dass das auch hier der Fall sein wird und bitte um die Annahme.

Ich erlaube mir an dieser Stelle und trotz fortgeschrittener Stunde, mich von diesem Haus zu verabschieden, es hat mich sehr gefreut, es war sehr schön, die letzten fünf und ein halbes Jahre in diesem Haus haben mich durchaus vieles gelehrt, ob es mich zum Positiven weiterentwickelt hat, mögen andere beurteilen. Ich glaube, dass es mich oder ich weiß, dass es mich weitergebracht hat, ich habe viel gelernt, ich hatte die Möglichkeit, quer durch alle Klubs Persönlichkeiten, und wenn ich Persönlichkeiten sage, meine ich Persönlichkeiten, kennenzulernen. Ich denke jetzt in diesem Moment auch an unseren ehemaligen Klubobmann Hermann Spielberger, der mir viele Dinge mitgegeben hat, vielleicht nicht immer bewusst, aber ich habe ihn sehr stark beobachtet und er hat mir sehr viel mitgegeben. Ich habe von ihm sehr viel gelernt, er hat zum Beispiel von der Regierungsbank immer Konsequenz von den Außerirdischen gesprochen, mit einem Augenzwinkern natürlich, ich bedanke mich für das respektvolle Umgehen miteinander in diesem Haus, im Besonderen auch bei meiner eigenen Fraktion, allen voran unserem Bürgermeister, unserer Stadtregierungsmannschaft, unserem Klubobmann Peter Piffl, danke, dass ihr mir das Vertrauen geschenkt habt, in manch heiklen Punkten auch dieses Rednerpult zu betreten und ich bedanke mich bei allen Klubs für die mir entgegengebrachte Geduld, wie gesagt, ich hatte eine Entwicklung durchzumachen, vom jungen Ungestümen zu Beginn der letzten Periode zum etwas Ruhigeren, manches Mal auch das eine oder andere Duell Führenden jetzt in dieser Periode, aber doch etwas ruhiger geworden. Kollege Korschelt, Kollege Eichberger, die letzten Duelle, aber

nicht mehr ganz so wie in der letzten Periode, ich bedanke mich einfach, es war sehr schön (*allgemeiner Applaus*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Gemeinderat, lieber Bernd! Danke einmal zuerst für die Berichterstattung. Wir wünschen dir, dass es dir in deiner weiteren politischen Karriere jetzt auf einer ganz anderen Ebene gut ergehen möge. Es gibt den Spruch: Der Standort bestimmt den Standpunkt. Ich hätte eine große Bitte, es ist nicht alltäglich, dass jemand, der im Grazer Gemeinderat sitzt oder überhaupt auf der kommunalpolitischen Ebene tätig ist, den Sprung in den Nationalrat schafft. Die Anliegen der Kommunalpolitik haben wir dir hier mitgeben können, du hast es mitdiskutieren können und wenn du zwei Sprünge weiter in einer Ebene jetzt tätig sein wirst, dann vergiss bitte nicht die Probleme. Ich glaube, dass es ganz, ganz gut ist, wenn kommunalpolitische Erfahrung gemacht wird und man erst dann auf einer anderen Ebene politisch tätig wird. Alles Gute, vergiss das nicht, du bist im Hause immer gerne gesehen und ich wünsche dir, dass du auch im Nationalrat annähernd über die Parteigrenzen hinweg ein solches Klima vorfinden wirst. Und wenn du, wie gesagt, Heimweh hast, wird dir das gleich vergehen, weil du den Kollegen Grosz ja auch draußen hast. Alles Gute.

Der Berichterstatter stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge den Prüfbericht des Stadtrechnungshofes sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis nehmen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Korschelt

19) StRH – 18272/2008

Bericht betreffend die Prüfung
HLH Hallenverwaltung GmbH

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, lieber Kollege, der Zufall spielt so, von mir auch noch alles Gute nach Wien. Ich wünsche dir natürlich alles Gute, wie so lacht ihr, seid nicht so schiach, es ist ja wirklich so. Wir schicken die Elite nach Wien vom Grazer Gemeinderat, ist eh klar, und dazu gehörst du, dazu gehört der Kollege Grosz, dazu gehört die Kollegin Winter. Ich bin überzeugt und da schließe ich mich natürlich dem Herrn Bürgermeister an, wie ich mich meistens immer anschließe, in tiefer Verehrung, dass er natürlich das gesagt hat, was wir uns natürlich auch immer wünschen, Kommunalpolitiker sollen natürlich nie vergessen, woher sie kommen und wohin sie gehen, weil es hat ja auch hie und da Wege, umgekehrte Wege gegeben, dass Parlamentarier wieder in den Gemeinderat zurückgehen mussten oder beordert wurden, also vergesst bitte nicht.

Zwischenruf GR. Grosz: Herr Bürgermeister Götz.

Mag. **Korschelt**: Unter anderem auch, war an sich auch kein so ein schlechter Bürgermeister dann, aber er war nur sehr kurz in Wien draußen und du weißt eh, was seine Lieblingsgegend war, das brauche ich eh nicht sagen. Ich hoffe, er erlebt es noch, wie er fertig wird dann und er wird hoffentlich Ehrengast werden draußen. Aber wie gesagt, es gibt einen guten Spruch, man soll beim Hinauffahren mit dem Lift nie vergessen, dass man vielleicht die Leute beim Runterfahren wieder einmal trifft. In diesem Sinne wünsche ich dir alles Gute und ich habe das nie als Duell aufgefasst, ich bin ein alter Milizsoldat und unter Duell versteht man natürlich was anderes, also es war nie ein Duell es war vielleicht ein kleiner Wettbewerb unter Graz-Interessierten, die für Graz was weiterbringen wollten und so habe ich verstanden und so will ich es auch weiterhin verstehen. Es sollte niemand von mir sich durch ein Duell, herausgefordert gefühlt haben oder ich will auch niemanden auf der Blutwiese treffen oder was auch immer. Bitte, das nicht misszuverstehen, sondern es geht ja nur um Mittel für den Zweck und so habe ich das verstanden. In dem Sinne darf ich den zwei anwesenden Kollegen und der nicht anwesenden

Kollegin alles Gute wünschen und ich sage, ich hoffe, ihr werdet euch gut in Wien einleben und es wird euch in Wien gut ergehen dann.

Eigentlich bin ich zu einem anderem Thema aufgerufen worden, es geht um die HLH Hallenverwaltung GmbH, der Stadtrechnungshof hat sich gemäß § 67 Abs. 5 des Statutes der Landeshauptstadt Graz mit der HLH Hallenverwaltung GmbH ausführlich am 7. Juli, am 11. September und am 30. September 2008 befasst und stellt gemäß eben dem vorher zitierten Paragraph des Statutes Graz folgenden Prüfbericht, es wurde folgende Stellungnahme abgegeben: Der Kontrollausschuss hat den vom Stadtrechnungshof vorgelegten Bericht und die darin enthaltenen Feststellungen ausführlich diskutiert. Sämtliche Berichtsteile betreffend die HLH Hallenverwaltung GmbH wurden vom Kontrollausschuss zustimmend zur Kenntnis genommen. Ich möchte mich einmal noch beim Herrn Direktor sehr herzlich bedanken, weil es ist ein bisschen so eine Zusatzaufgabe, die der Stadtrechnungshof hier übernimmt, dass er in dem Fall als Wirtschaftstreuhänder tätig ist und unter Firmen, wenn man so sagen darf, wo die Stadt beteiligt ist, das hier der Wirtschaftsprüfer durch den Stadtrechnungshof ersetzt wird und das ist eben so ein Bericht, der öfter in mannigfaltiger Form dem Gemeinderat vorgelegt wird, dafür herzlichen Dank und es ist auch eine kleine Einnahme für die Stadt Graz, die wir dadurch lukrieren. Danke vielmals.

Der Berichterstatter stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge den Prüfbericht des Stadtrechnungshofes sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis nehmen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 0.00 Uhr den Vorsitz.

Berichterstatter: GR. Mag. Frölich

NT 1) A 8 – 25167/06-16

Zwischenbericht
Zinssicherungsmaßnahmen

Mag. **Frölich**: In Entsprechung des Gemeinderatsbeschlusses vom 10.4.2008 wurde jetzt eine neuerliche Transaktion vorgenommen im Hinblick auf die Erreichung eines Anteiles an Fixverzinsungen am konsolidierten Gesamtschuldenportfolio der Stadt Graz in einer Höhe von 50 bis 70 %. Diese Transaktion führt dazu, dass der Fixzinsanteil nun bei 68 % liegt. Es handelt sich um ein sogenanntes Multicallable Swap-Geschäft, das der Herr Finanzdirektor uns im Finanzausschuss detailliert dargelegt hat. Das Volumen beträgt 100 Millionen Euro und wird dieses Portfolio bei der West LB AG platziert. Diese Multicallable Swap-Sache wurde vom Herrn Finanzdirektor, wie gesagt, detailliert beschrieben. Ich darf im Namen des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag stellen, dass der Gemeinderat den Abschluss dieses Geschäftes zustimmend zur Kenntnis nimmt.

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle den Motivenbericht betreffend des Swap-Abschlusses mit der West LB AG zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Frölich

NT 4) A 8 – 2559/2007-9

Eckwertbudgets 2008,
Erhöhung der Abteilungseckwerte durch
Sparbuchentnahmen,
haushaltsplanmäßige Vorsorge

Mag. **Frölich**: Hier geht es um Sparbuchentnahmen und die damit verbundene Erhöhung der Abteilungseckwerte. Es ist ja vereinbart, dass die erzielten

Einsparungen der Abteilungen denselben zur Entnahme auf fiktiven Sparbüchern zur Verfügung stehen. Das soll in zwei Etappen, jeweils im Mai und im Oktober, möglich sein. Nachdem der Voranschlag 2008 erst im Mai 2008 beschlossen wurde, ist eben nur diese eine Etappe, die jetzt hier vorliegt, möglich. Im Stück werden die einzelnen Abteilungen und die Beträge näher erläutert. Ich darf im Namen des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag stellen, dass der Gemeinderat diese Entnahmen beschließen möge, die Finanzposition, ich erspare mir das Verlesen der unzähligen Positionen, die jetzt hier angeführt sind, der erste Punkt ist eben, dass in der OG 2008 die im Antrag dargestellten Finanzpositionen geschaffen beziehungsweise erhöht werden, Teil zwei den Antrages ist, dass die Eckwerte der genannten Abteilungen werden jeweils zu Lasten der jeweiligen Sparbücher wie in der angeschlossenen Tabelle dargestellt, erhöht. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 41/2008 beschließen:

1. In der OG 2008 werden folgende Fiposse geschaffen beziehungsweise erhöht:

1.01900.728200	„Entgelte für sonstige Leistungen“ um	€ 12.000,-
1.02010.04200	„Amtsausstattung“ um	€ 10.000,-
1.02010.728600	Entgelte für sonstige Leistungen, externe Begutachtungen“ um	€ 17.300,-
1.21100.400010	„Geringwertige Wirtschaftsgüter d. Anlagenvermögens“ um	€ 19.800,-
1.21100.614000	„Instandh. von Gebäuden“ um	€ 74.000,-
1.21200.042010	„Amtsausstattung“ um	€ 100.000,-
1.28000.754000	„Lfd. Transferzahlungen an sonst. Träger d. öffentl. Rechts“ SK 005 – „Verschiedene Universitätsförderungen“ um	€ 30.000,-
1.74900.755000	„Lfd. Transfers an Unternehmungen“ um	€ 10.000,-

1.74900.755100	„Lfd. Transfers an Unternehmungen, Jagdpachttopf“ um	€ 10.700,-
1.77100.755800	„Lfd. Transfers an Unternehmungen“ um	€ 20.000,-
1.78900.728210	„Entgelte für sonstige Leistungen“ um	€ 20.000,-
1.78900.755400	„Lfd. Transfers an Unternehmungen, Baustellenmarketing“ um	€ 16.000,-
1.78900.757200	„Lfd. Transfers an priv. Organisationen o. ErwerbSch.“ Um	€ 10.000,-
1.85300.424000	„Roh- und Hilfsstoffe für das Bauneben-Gewerbe“ um	€ 2.000,-
1.85300.614120	„Instandh. von Gebäuden“ um	€ 19.000,-

Zur Bedeckung wird die Fipos

1.97000.729000	„Sonstige Ausgaben“ um	€ 370.800.-
----------------	------------------------	-------------

gekürzt.

2. Die Eckwerte der genannten Abteilungen werden jeweils zu Lasten der jeweiligen Sparbücher wie folgt erhöht:

Abteilung	Wert alt	Wert neu
Bürgermeisteramt	1.580.300	1.592.300
Amt für Wirtschafts- und Tourismusedwicklung	4.569.200	4.655.900
Kulturamt (Bereich StRin. Mag. Fluch)	2.849.600	2.879.600
Bau- und Anlagenbehörde	3.151.100	3.178.400
Amt für Wohnungsangelegenheiten	2.191.900	2.212.900
Stadtschulamt	11.889.700	12.083.500

3. Basis für die Eckwertverhandlungen 2009 stellen jedenfalls die Eckwerte vor diesen angeführten Erhöhungen dar.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüsçh

NT 6) A 8 – 2559/2007-1

I. Mittelfristige Finanzplanung
II. Budgetvorschau für die Jahre 2009
und 2010;
Informationsbericht

Dr. **Rüsçh**: Die mittelfristige Finanzplanung, Budgetvorschau für die Jahre 2009 und 2010. Ich habe im Finanzausschuss das Stück sehr ausführlich berichtet. Die Diskussion, wurde damals schon gesagt, heute am Vormittag im Finanzausschuss, dass sie hauptsächlich hier stattfindet, aber ich denke, dass ich mich durch die ausführliche Präsentation im Finanzausschuss auf einige wesentliche Punkte beschränken kann und damit auch die Zeit in Anbetracht der fortgeschrittenen Tageszeit oder auch der jungen Tageszeit nicht allzu sehr in die Länge ziehe. Unmittelbar nach Betrauung mit dem Finanzressort hat die Finanzdirektion einen Kassasturz gemacht, eine Darstellung, welche Erfolge hat es gegeben in der letzten Periode, wo liegen die Probleme, wie wird sich das Budget entwickeln, wenn nichts passiert. Das Ergebnis sehen Sie in der ersten Tabelle, die dargestellt ist, der Schuldenstand wird, wenn wir nicht gegensteuern, von zirka einer Milliarde auf zwei Milliarden anwachsen. Gleichzeitig wird der Saldo der laufenden Gebarung sich auf 174 Millionen im Jahr 2015 erweitern. Das heißt, das ist eben die Definition der Saldo der laufenden Gebarung, dass wir im Jahr 2015, wenn nicht gegengesteuert wird, 174 Millionen Euro an Kredit aufnehmen müssen, um das Personal, Subventionen, Sozialhilfe, Kindergartenbetreuung usw. zu finanzieren. Das hat jedenfalls bei mir einmal zunächst die Überlegung ausgelöst, dass das tatsächlich nicht so passieren kann und dass wir vehement, und zwar wahrscheinlich noch vehementer als in der letzten Periode, gegensteuern müssen. Ich möchte sie einfach an wenigen Beispielen vielleicht versuchen, das auch irgendwie sehr plastisch zu machen; wenn Sie daran denken, dass wir in dieser Periode dann nochmals eine Milliarde Euro an Schulden aufnehmen müssen. Es ist gerade eine Woche her, dass sich große Unternehmen wie General Motors etwa mit der Situation konfrontiert sahen, dass sie keinen Kredit mehr bekommen. Diese Situation gibt es auch bei sehr vielen kleinen und mittleren Unternehmen. Bevor ich weiterfahre, der Hinweis, die Situation ist Gott sei Dank vorbei, durch die vielen staatlichen Garantien bekommen auch diese Unternehmen wieder Kredite und ich habe mir überlegt, was wäre, wenn die Stadt Graz keinen Kredit mehr bekäme. Wir hätten alleine heuer etwa einen Bedarf, um Gehälter zu bezahlen, ich sage es noch einmal, um Subventionen zu bezahlen, um

Sozialleistungen zu bezahlen, von 40 Millionen Euro, knapp 40 Millionen Euro, diesen Bedarf könnten wir nicht decken. Ich möchte damit einfach einmal darauf hinweisen, dass die Situation, die immer wieder genannt wurde, auch immer wieder genannt wird, nämlich, dass es nicht selbstverständlich ist, dass Banken uns Geld geben und dass durchaus Situationen auftreten können, in denen Banken uns kein Geld mehr geben. Wir haben das vor einer Woche erstmals realistisch oder jedenfalls so erlebt, so könnte es sein. Wir haben dann, ich kann das nur noch einmal sagen, die wirklich sehr, sehr prekäre Situation, dass wir unsere laufenden Ausgaben nicht mehr bezahlen können. Ich möchte gerne ein zweites Beispiel nennen, und das sind die berühmten Sozialausgaben wir haben ungefähr in einem Zeitraum von zirka 10 Jahren, also jedenfalls bis zu 2015, von 2006 weg, nahezu eine Verdoppelung der Sozialausgaben, von bis zu 70 Millionen Euro. Das sind Dinge oder auch Zahlungen, von denen es durchaus einmal sein kann, dass wir sagen müssen, wir können das nicht mehr bezahlen, weil wir das Geld nicht mehr haben. Wir haben dann die durchaus, das soll nicht zynisch klingen, die Situation, dass sich das Sozialamt sagt, wir haben eine gesetzliche Verpflichtung, wir müssen bezahlen und das Finanzamt sagt, wir können nicht bezahlen, weil wir kein Geld haben. Es ist dann die Frage, wer dann letztlich dafür verantwortlich ist, möglicherweise durchaus mit gerichtlichen Konsequenzen. Und ein drittes Beispiel möchte ich nennen, das sehr aktuell ist, Sie kennen die Situation in Neapel, ich würde sagen, Graz darf sicherlich nicht Neapel werden, wo der Müll nicht mehr abgeholt wurde, es kann durchaus sein, dass wir bei einem derart steigenden Finanzbedarf Müllgebühren verdoppeln oder verdreifachen müssen und wenn das nicht gelingt, dann bleibt der Müll auf der Straße liegen. Die Absicht von diesen drei Beispielen ist einfach zu sagen, dass die Notwendigkeit einer Veränderung, einer neuen Kultur, wenn Sie so wollen, in der Budgetpolitik ist nicht etwas, was vielleicht einmal im Jahr 2012 oder 2015 kommt, sondern das ist etwas, was hier passiert. Und jedes Jahr, das wir verstreichen lassen, um unserem Budgetziel näherzukommen, ist ein Jahr, das uns näher zu solchen Situationen hinführen kann. Und ich denke, es ist durchaus wert und vor allem bei dem Leistungsniveau, das wir in Graz inzwischen erreicht haben für die Grazerinnen und Grazer, ist es durchaus wert, sich diese Perspektive zu verdeutlichen und uns zu überlegen, wie können wir im Sozialbereich, im Infrastrukturbereich, in allen Bereichen Maßnahmen setzen, dass wir den Standard, den wir erreicht haben, auch sichern können. Wir haben uns über den

Sommer sehr viele Gedanken gemacht in der Koalitionsregierung, aber auch mit allen anderen Stadtregierungsmitgliedern, um eine Konsolidierungsstrategie zu entwerfen, die ich in wenigen Sätzen und so hoffe ich jedenfalls, auch mit aller Klarheit darstellen möchte. Wir haben den Focus auf die laufende Gebarung gelegt, das ist im Wesentlichen das, was wir täglich ausgeben, ohne Investitionen jedenfalls und haben gesagt, diese laufende Gebarung muss ausgeglichen sein und zwar so rasch wie möglich. Das ist der Vergleich mit jenem Haushalt, ich habe es immer wieder gesagt und sage es auch immer wieder, wenn die laufende Gebarung nicht ausgeglichen ist, ist der Vergleich mit einem Haushalt, der für seine Kleidung, Toiletteartikeln Schulden aufnimmt, um das bezahlen zu können. In dieser Situation stecken wir, dieser Ausgleich soll möglichst rasch erfolgen. Wenn wir die Konsolidierungsstrategie verfolgen, wie wir sie vorschlagen, dann wird das irgendwann im Zeitraum zwischen 2012 und 2015 sein. Ich möchte an dieser Stelle einmal, aber damit auch ganz explizit, darauf hinweisen, dass die gesamte Konsolidierungsstrategie selbstverständlich nicht darauf ausgelegt sein kann, wenn mit der wirtschaftlichen Entwicklung, in dem sich langsam die Finanzmarktkrise auch auf die Realwirtschaft niederschlägt, hier besondere Maßnahmen erfordert, dann wird das zu diskutieren sein, das sind aber auch Maßnahmen, die dann getrennt zu fordern und auch umzusetzen und zu finanzieren sind, das möchte ich an dieser Stelle sagen. Also möglichst rasch eine ausgeglichene Gebarung und auf der anderen Seite, das passt wiederum durchaus, in Anführungszeichen, zur heutigen „Wirtschaftssituation“, wir möchten gerne bei den Investitionen keinen Stopp machen, um zu verhindern, was wir im Laufe bis zur Mitte der 90er-Jahre hatten, nämlich etwa 30 Jahre lang keine Investitionen in den Straßenbahnbau, wir haben einen sehr großen Nachholbedarf im Bereich der Schulen und Kindergärten gehabt, das soll nicht wieder durch Investitionslücken passieren, aus diesem Grund ein Investitionsprogramm von 2011 bis 2015. Wichtig ist aber, und in dem Zusammenhang bin ich mit dem Rechnungshofdirektor, der vor diesen Investitionen gewarnt hat, bin ich mir völlig einig, diese Investitionen sind nur dann zu rechtfertigen, ich betone, nur dann, wenn glaubhaft bei der laufenden Gebarung tatsächlich die Konsolidierungsziele, wenn nicht ein ausgeglichenen Haushalt so rasch als möglich verfolgt wird. Wie soll diese Budgetkonsolidierung umgesetzt werden? Sie finden auf der zweiten Seite in dem Stück insgesamt neun Konsolidierungspfade. Ich möchte sie nicht alle einzeln auflisten, sondern ich möchte

Ihnen die wichtigsten sagen. Die wichtigste Konsolidierungsstrategie und die wichtigste Voraussetzung das Konsolidierungsziel zu erhalten, zu erreichen ist der Punkt, nämlich das konsequente Aufgabenmanagement über Eckwerte. Wir haben hier im Ausschuss eine leichte präzisierende Korrektur vorgenommen, für 2009 wird der Auftrag erteilt, die Gesamtheit der Eckwerte gegenüber 2008 nominell einzufrieren, bereinigt der Eckwert um Verkehrsdienstevertrag und einige andere Maßnahmen. Ich möchte nochmals klarstellen und vielleicht auch im Zusammenhang mit einer Diskussion heute Nachmittag nochmals ganz klar festhalten, das war von Anfang an das Ziel, das sich die Koalitionsregierung gestellt hat, das hier genannt ist und bei diesem Ziel hat es auch keine Änderung gegeben. Das Ziel ist, dass wir 2009 nicht mehr Geld für die Abteilungen ausgeben als wie 2008. Das heißt, Eckwerte nominell einzufrieren, das ist hier vorhanden. In der Umsetzung haben wir das als ganz klare Botschaften den Abteilungen gegeben. Am 23. Mai, am 23. September und letzte Woche, wir haben den Abteilungen gesagt, wir möchten von allen Abteilungen ganz klare Angaben, wie das Budget 2009 gestaltet werden kann, wenn es genau gleich viel Geld wie 2008 gibt. Ich möchte dies an dieser Stelle wiederholen, es gibt drei schriftliche Beiträge dazu und ich hoffe, dass die Abteilung, was in der Vergangenheit nicht immer der Fall war, und das zeichnet sich bis jetzt auch ab, diesem Auftrag, ich denke, durchaus in Abstimmung mit den jeweiligen Stadtreferenten und Stadtreferentinnen nicht nachgekommen sind. Wenn das nicht der Fall ist bis morgen, Deadline ist morgen, dann werden wir von Seiten der Finanzdirektion selbstverständlich erstens einmal Zwischenbilanz legen, dann von unserer Seite Budgetvorschläge machen. Der Auftrag war ganz klar, gleiche Eckwerte wie 2008. Wenn es dann sich herausstellen sollte, dass manche Maßnahmen einfach nicht umsetzbar sein können, dann es kann durchaus Verschiebungen geben, das ist eine politische Bewertung, aber nochmals, damit hier kein Zweifel besteht und damit auch hier nicht im Geringsten daran gedacht wird, dass wir unsere Strategie geändert haben, der Auftrag lautet Budget 2009 an alle Abteilungen auf Basis des Eckwertes von 2008. Das ist auch die wichtigste Konsolidierungsmaßnahmen und wenn diese Maßnahme gelingt, hätten wir bereits für 2009, denke ich, einen schönen Erfolg. Wir haben damit aber trotzdem zu kämpfen, das darf ich auch an dieser Stelle sagen, dass wir mit diesem Erfolg uns sehr, sehr anstrengen müssen, damit das Budget 2009 ungefähr auf Ebene von 2008 wird. Einfach deshalb, weil die zusätzlichen Einnahmen, die zu erwarten sind,

benötigt werden, um die Steigerung bei den Dingen, die nicht in den Eckwerten sind, Pensionen, Zinsen usw. tatsächlich abzudecken. Wir haben weiters gesagt, und das möchte ich ebenfalls an dieser Stelle ganz klar hervorheben, die Konsolidierung kann nicht gelingen, wenn es uns nicht gelingt, den Personalaufwand zu reduzieren. Die ganz klare Botschaft, eine Konsolidierung in diesem Ausmaß kann nicht gelingen, wenn es nicht gelingt, den Personalaufwand zu reduzieren. Auch hier haben wir die Abteilungen gebeten, sie mögen uns aus ihrer Sicht zunächst einmal Maßnahmen nennen, wie die 3,6 % zusätzlichen Personalaufwand 2009 im Vergleich zu 2008 durch Personalmaßnahmen gedeckt werden können. Das ist klar, dass davon nicht alles 2009 wirksam werden kann, aber wir hätten gerne diese Informationen einfach deshalb, weil diese Reduzierung erforderlich ist. Selbstverständlich hat es in diesem Zusammenhang nicht nur Gespräche in der Koalition und mit anderen Stadtregierungsmitgliedern gegeben, sondern selbstverständlich auch mit der Personalvertretung. Damit habe ich Ihnen die zwei wichtigsten Maßnahmen genannt, die Maßnahme, dass wir im Personalaufwand zu Einsparungen kommen müssen, bedeutet selbstverständlich, dass es auch Änderungen im Leistungsprogramm der Stadt Graz geben muss. In Beilage 1 ist dargestellt, welche Arbeitsaufträge für diese strukturellen, für diese ersten strukturellen Maßnahmen gegeben worden sind, die Auswahl dieser Maßnahmen hat sich vor allem danach gerichtet, dass sie für 2009 bereits umsetzbar wären und wir diese Umsetzung selbstverständlich auch anstreben für das Jahr 2009. Das ist ein großer Bereich der strukturellen Maßnahmen ist hier selbstverständlich noch gar nicht enthalten, denn das sind Dinge, die dann längerfristig gemacht werden müssten, wenn ich etwa denke an die Frage, ob manche Ämter zusammengelegt werden können, wenn ich denke an die Frage, wie wir etwa Facility-Management organisieren, wie wir den Kanalbereich organisieren, das sind Dinge, die eine längere Vorbereitungszeit benötigen, deshalb sicherlich 2009 nicht wirksam werden können. Ich darf hier wiederholen, dass vor allem aus symbolischen Gründen, auch aus Gründen der Ernsthaftigkeit, mit der wir an die Sanierung herangehen, auch einige Punkte genannt sind, die von der Budgetwirksamkeit sicherlich eben nur Symbolwirkung haben, aber aus diesem Grund durchaus wichtig sind. Das ist die Reduktion der Stadtregierung von neun auf sieben Mitglieder, die Reduktion des Gemeinderates mit demokratiepolitischen Begleitmaßnahmen, umfassende Pensionsreform mit einem Solidarbeitrag so wie die Abteilungsreduktion um mindestens 20 % und die Objektivierungsrichtlinien bei

Beteiligungen. Lassen Sie mich noch ein wichtiges Wort zu den Einnahmen sagen. Zweite wichtige Ergänzung zu den Eckwerten, neben dem Personalaufwand, es wird auch nicht ohne eine Verbesserung, ohne eine zusätzliche Einnahme zu schaffen sein das Konsolidierungsziel, wir haben im Koalitionsvertrag die Zweitwohnsitzabgabe genannt, es ist dort genannt, dass es eine ökologische und sozial verträgliche Umstellung bei den Gebühren geben soll, das als Beispiel für Maßnahmen auf der Einnahmenseite, wir sind auch davon ausgegangen, dass es bei der Grundsteuer tatsächlich zu einer Reform kommt, indem Verkehrswerte auch näher oder in dem die Grundbewertung für die Grundstücke näher dem Verkehrswert sind oder Verkehrswert angeglichen werden. Wir hätten allein aus einer derartigen Änderung der Grundsteuer 20 Millionen Euro zusätzliche Mittel, wir haben sie hier erst ab 2012 jedenfalls eingestellt. Lassen Sie mich am Ende noch ein bisschen was zu diesem Zahlenwerk sagen. Prognosen sagen oft mehr aus über die Gegenwart als über die Zukunft, das hängt damit zusammen, dass in der Zukunft Unsicherheiten gegeben sind, die heute nicht vorweggesehen werden können. Wir haben das beste Beispiel in der wirtschaftlichen Entwicklung. Hinter jeder Zahl, die hier genannt wird und die hier darstellt ist, stehen selbstverständlich Fragezeichen. Es ist ein klares Konzept, wie diese Zahlen ermittelt worden sind, aber wie bei jeder Zahl in der Zukunft, ich betone das nochmals, gibt es selbstverständlich auch Unsicherheiten, das bringen Prognosen mit sich. Aus meiner Sicht ist das Entscheidende bei diesem Konsolidierungspfad, dass die Bedeutung, die Notwendigkeit der Veränderung auch tatsächlich getragen wird und sie muss getragen werden von der Koalition, selbstverständlich auch von der gesamten Stadtregierung, sie muss vom Gemeinderat und sie muss von den Abteilungen getragen werden. Ohne diese gemeinsame Motivation kann diese Konsolidierung sicherlich nicht gelingen. Die Konsolidierung würde bedeuten, dass wir im Jahr 2015 nicht zwei Milliarden Schulden haben, sondern wir hätten dann etwas über 1,2 Milliarden Schulden. Wir haben allerdings ab 2015 eine ausgeglichene laufende Gebarung und das bedeutet jedenfalls, dass wir uns die Schulden, über deren Abbau wir uns danach Gedanken machen müssen, dass wir uns die Schulden insofern leisten können, weil wir für die Bezahlung der Zinsen keine neuen Kredite aufnehmen müssen. Das müssen wir jetzt, wenn ich das nochmals betonen darf, wir müssen jetzt, allein um die Zinsen zahlen zu können, Kredite aufnehmen. Wenn diese Sanierung so gelingt, dass die laufende Gebarung auf Null gestellt werden

kann, dann können wir uns jedenfalls den Zinsendienst leisten, das heißt, wir können die Schuld bedienen, wir müssen dafür keine Kredite aufnehmen. Das was ich Ihnen gesagt habe mit dem Kulturwechsel, in dem einfach die Budgetkonsolidierung auch als herausragende Aufgabe in dieser Gemeinderatsperiode gesehen wird, ist aus meiner Sicht die wichtigste Voraussetzung, dass wir auch tatsächlich zu einem Ziel kommen. Ich denke, dass diese Aufgabe gelingen kann unter den genannten Umständen und ich denke auch, dass sie etwas sehr Verantwortliches ist für unsere Stadt und für die Grazerinnen und Grazer. Ich darf nochmals betonen, damit schließen, dass wir einen sehr, sehr hohen Leistungsstand und hohen Dienstleistungsstandard für unsere Bürgerinnen und Bürger haben. Ich denke, die Aufgabe der nächsten Jahre wird in erster Linie sein, diesen Standard zu halten und zu sichern. Wer das nicht erkennt und einfach auch aus politischen Gründen manche Aufgabenbereiche außer Streit stellen will, der erkennt nicht, dass man gerade durch dieses Außerstreitstellen Aufgaben gefährden kann. Wir können das Geld nicht abschaffen, wir haben begrenzte Mittel zu Verfügung, wir leben in einer Welt, wo Aufgaben kosten und die finanziert werden müssen und das Entscheidende ist hier eben auch, die entscheidende Priorität und auch die Entscheidung zu treffen, dass Aufgaben finanziert werden können. Ich nenne an dieser Stelle bewusst keine konkreten Aufgabenbereiche, wir wissen alle, welche Aufgaben ich meine. Ich denke, und das hatte ich noch vergessen zu sagen, auf das möchte ich noch hinweisen, wir haben sehr viele Anstrengungen unternommen, um vom Bund und vom Land Mittel zu bekommen. Diese Anstrengung müssen wir weiter unternehmen, aber wir müssen uns auch darauf einstellen, dass möglicherweise nicht alle Dinge, die wir uns von den beiden Gebietskörperschaften erwarten, auch tatsächlich zutreffen. Das heißt, in diesem Konsolidierungspfad ist, abgesehen von diesen 20 Millionen aus der Grundsteuerreform, keine weitere Landes- und Bundesleistung eingestellt. Wenn sie gelingt, erleichtert uns das den Konsolidierungspfad. Es gibt einen zweiten Bereich, über den wir, so denke ich, mit dem Land ganz, ganz ernsthaft reden müssen. Es kann nicht sein, so wie wir das dieser Tage erlebt haben, dass, in diesem Fall ist es im Sozialbereich, dass von Verhandlungspartnern über Erhöhung von Tagessätzen in Pflegeheimen diskutiert wird, verhandelt wird, dann letztlich über ein Schiedsgericht entschieden wird, dass die Tagessätze ab 1.1.2009 um 10 % stiegen, das Land übernimmt diesen Beschluss und wir in der Stadt müssen pro Jahr Millionen mehr bezahlen. Das kann es nicht sein, das kann nicht hingenommen

werden und ich lade alle Parteien im Gemeinderat ein, einen Prüfantrag, den wir von Seiten der ÖVP, und ich hoffe, wie gesagt, mit allen Parteien stellen werden an den Rechnungshof und zwar den Prüfantrag zu prüfen, welche Kalkulationen dieser Erhöhung von 10 % zugrunde liegen und wie das Prozedere ist für eine derartige Erhöhung, die wir, ohne dass wir einen Einfluss darauf haben, darüber verhandeln können, übernehmen müssen. Das heißt, wir möchten gerne den Prüfantrag stellen, dass der Rechnungshof das Zustandekommen dieser 10%-Erhöhung auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit überprüft. Das ist ein erster Schritt von Seiten der Stadt, um zu zeigen, dass wir mit dieser Vorgangsweise einfach nicht mehr einverstanden sein können. Ich bitte Sie auch dabei um Ihre Unterstützung. Ich bin damit zu Ende und möchte Ihnen gerne diesen Informationsbericht zur Beschlussfassung vorlegen (*Applaus ÖVP*).

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 89 in Verbindung mit § 90 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 41/2008 unter Hinweis auf die oben genannten Inhalte des Artikels 7 Stabilitätspakt den vorstehenden Informationsbericht zur Kenntnis nehmen und den Punkt II. als Berichtsgrundlage an die Koordinationskomitees freigeben.

Gleichzeitig wolle der Gemeinderat intensive Verhandlungen mit dem Land Steiermark zur maßgeblichen Reduktion der seit Jahren ungerechten Belastungen der Stadt Graz im Zusammenhang mit den Gemeindebedarfszuweisungsmitteln und der Landesumlage beauftragen.

GRin. **Bergmann:** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat Rüschi! Wenn ich mir diese mittelfristige Finanzplanung ansehe, dann fühle ich mich sechs Jahre zurückversetzt. Als ich 2003 hier im Gemeinderat begonnen habe, haben wir auch im Herbst eine längerfristige Planung, die der damalige Finanzstadtrat Riedler vorgestellt hat, und es hat auch damals geheißen, die Finanzsituation ist sehr angespannt. Wir haben damals dieses Kulturhauptstadtjahr gehabt, das uns natürlich auch einiges gekostet hat, damals ist genauso überlegt

worden, wie wir Einsparungsmaßnahmen machen können, die Aufgabenkritik wurde damals geboren, wir haben bei den einzelnen Abteilungen massiv eingespart, es wurde auch damals schon bei den Personalkosten einiges versucht, es wurden massive Einsparungen dort gemacht. Es wurden sozusagen die Immobilienpakete geboren, wir haben in der Zwischenzeit sechs Immobilienpakete gehabt, das heißt, Immobilien, die wir für die Stadt zu Geld gemacht haben. Mit diesem Geld wurde in den vergangenen Jahren schon ein großer Teil der Ausgaben der ordentlichen Gebarung abgedeckt und ich kann mich gut erinnern, wie der Herr Stadtrat Riedler immer wieder gesagt hat, und das auch mit Rückendeckung der ÖVP, nachdem es ja diese Koalition gegeben hat, dass wir bis ins Jahr 2010/2012, soweit ich mich erinnern kann, die ordentliche Gebarung wieder ausgeglichen haben. Heute, im Jahr 2008, stehen wir hier und haben, es ist ein Fakt, das Sie hier berichtet haben, Herr Stadtrat Rüschi, aber stehen wir eigentlich vor noch einer prekäreren Situation als damals, jetzt stellt sich für uns schon die Frage, was haben diese ganzen Maßnahmen in der Vergangenheit bewirkt, was hat es uns gebracht, dass wir mehrere hundert Millionen Euro an Immobilien ausgelagert haben und dadurch natürlich Kredite aufgenommen haben? Wir haben die Verschuldung zwar von der Stadt hinaus in die Beteiligungen gebracht, das wurde eben nach den Maastrichtkriterien nicht wirksam, das ist uns bewusst, aber im Endeffekt haben wir die Schulden angehäuft, also sie sind heute da und wir müssen uns natürlich gerade heute in einer Situation, wo es nämlich zu einem Bankencrash international auch noch gekommen ist, jetzt Gedanken machen, also wie können wir mit diesen riesigen Schulden, auch Kreditbelastungen jetzt in die Zukunft gehen? Wenn ich mir jetzt diese neue mittelfristige Finanzplanung ansehe, dann wird eigentlich der gleiche Weg, also für mich gibt es keine großen Unterschiede darin, es wird der gleiche Weg eigentlich fortgesetzt, nur stellt sich für mich die Frage, wie lange kann das noch so gehen? Das heißt, wir haben Anfang oder vor dem Sommer gehört, dass die Immobilien eigentlich ausgereizt sind, dass wir nicht wirklich mehr viel auslagern können. In den letzten Tagen habe ich in Erfahrung gebracht, dass an einem Immobilienpaket sieben gearbeitet wird, in der Höhe von zirka 20 Millionen Euro. Ich nehme an, jetzt für das Budget 2009. Es ist in diesem Stück auch drinnen, und das ist für mich nicht ganz zu verstehen, eine Einmalmaßnahme bei den Eigenbetrieben in Summe von 362 Millionen Euro. Vielleicht können Sie das dann noch kurz erklären, also in welchem Zusammenhang diese 362 Millionen Euro stehen, die hier

angeführt werden. Ich denke, es gibt sicher noch das eine oder andere, wo wir Geld flüssig machen können, um jetzt einfach unsere Budgetlöcher abzudecken. Aber was geschieht wirklich, wenn die Stadt alles, wirklich alles, zu Geld gemacht hat und dieses Geld uns Jahr für Jahr eigentlich im Budget verschwindet, also das wird eigentlich da nicht mehr, das löst sich irgendwie von Jahr zu Jahr in Luft auf, das ist jetzt übertrieben gesagt, ich weiß schon, dass natürlich Leistungen damit finanziert werden, aber wie kann das dann weitergehen? Also wir sind in dieser Frage äußerst skeptisch, dass wir jetzt wirklich, Sie haben es zwar eh schon eingegrenzt einige Dinge, aber dass wir mit diesen Maßnahmen wirklich zu einem einigermaßen guten ordentlichen Budget kommen. Von der außerordentlichen Gebarung möchte ich hier gar nicht sprechen. Es stellt sich schon die Frage, Sie haben es auch angeschnitten, dass wir natürlich aus eigener Kraft dieses Budget nicht sanieren können, also mit unseren Sparmaßnahmen, das wird einfach zu wenig sein und dass wir verstärkt Verhandlungen führen müssen mit Land und Bund. Wir haben heute schon einen dringlichen Antrag beschlossen, was den Stabilitätspakt betrifft, aber wir haben von der KPÖ eigentlich, die sechs Jahre, seitdem ich da bin, jedes Jahr in unseren Budgetreden und immer wieder eigentlich darauf aufmerksam gemacht, dass wir viel, viel intensiver mit Land und Bund verhandeln müssen, dass wir viel offensiver bei den Finanzausgleichsverhandlungen für die Städte eintreten müssen und da sind für mich schon einige Schwachpunkte in der Vergangenheit drinnen. Ich hoffe, dass uns das in der Zukunft besser gelingen wird, denn die Landesumlage haben wir also auch immer drinnen gehabt in unserem Forderungspaket. Interessanterweise lese ich jetzt in der Zeitung von einer sogenannten Flächenversiegelungsabgabe, aber in einem ganz anderen Zusammenhang, das war auch eine jahrelange Forderung von uns. Die Nahverkehrsabgabe nach dem Vorbild der Wiener U-Bahnsteuer, das haben wir viele, viele Jahre gefordert, das heißt, wenn wir vor vielen Jahren schon initiativ geworden wären in dieser Frage, hätten wir schon über Jahre Einnahmen lukrieren können. Ich habe, ehrlich gesagt, jetzt einfach zu fortgeschrittenen Stunde möchte ich eigentlich nicht länger reden, an und für sich gäbe es viele, viele Fragen zu diesen neuen Konsolidierungspfaden, aber das würde jetzt einfach auch die Zeit sprengen, weil sicher viele andere sich auch noch zu Wort melden wollen dazu. Aber wir sehen einfach jetzt keine Möglichkeit, wie wir jetzt ausschließlich mit diesen Maßnahmen dieses Budget wirklich in den Griff kriegen können, auch längerfristig, deswegen können wir also aufgrund der Erfahrungen in der Vergangenheit dieser

mittelfristigen Finanzplanung nicht unsere Zustimmung geben. Danke (*Applaus KPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich weiß nicht, ob es noch viele Wortmeldungen geben wird, aber ich wollte auf alle Fälle Ina Bergmann sagen, die Situation ist nicht vergleichbar mit jener vor fünf oder gar sechs Jahren aus verschiedenen Gründen. Als ich mein erstes Budget zu machen hatte, war die erste Lücke, die ich zu schließen hatte und die man mir vorgelegt hat, eine in der Größenordnung von 135 bis 140 Millionen Euro in der ordentlichen Gebarung. Und es ist uns damals in den Budgetverhandlungen noch ohne all die Maßnahmen, die wir dann später ergriffen haben und die wir in Graz entwickelt haben und auf die man auch schaut, die man kopiert in anderen Städten, da haben wir es bei ganz klassischen Budgetverhandlungen auf 108 Millionen Finanzierungslücke heruntergebracht. Dabei haben wir aber 20 Millionen aus der Kanalrücklage entnommen. Noch gar nicht im Focus war zu diesem Zeitpunkt ein Blick auf die AOG und ich möchte dem Kollegen Rüschi sagen, es ist richtig, die Situation ist schwierig, allerdings habe ich ein Budget übergeben, das am Sanierungsweg war und sehr gut vorangekommen ist und es werden auch die Zahlen über den Rechnungsabschluss 2007 bestätigen, die deutlich ein besseres Abschneiden möglich gemacht haben, aus verschiedenen Gründen, unter anderem auch auf Grund der sich gut entwickelnden Konjunktur, als wir es noch im Budgetbeschluss selbst vorgesehen haben. Es ist also so, dass ein strukturelles Problem in Graz besteht und dieses strukturelle Problem wurde in der vergangenen Gemeinderatsperiode angegangen, und wie ich meine, mit beträchtlichem Erfolg angegangen, warum mit beträchtlichem Erfolg, vor allem deshalb, weil es gelungen ist, die wesentlichsten Leistungen der Stadt aufrecht zu erhalten und trotzdem die Eckdaten wesentlich zu verbessern und ein Instrumentarium zu entwickeln, auf das auch der Kollege Rüschi zumindest teilweise zurückgreift, wenn ich etwa an die Definition von Eckwerten denke. Allerdings muss ich sagen, das was wir hier und heute vorgelegt bekommen, ist nichts anderes, als ein vorweggenommener Budgetbeschluss, der es dem Kollegen Rüschi und der Regierungskoalition von Schwarz und Grün ersparen soll, Budgetverhandlungen zu führen. Nichts anderes ist das, was man uns hier und heute vorlegt und das noch dazu mit wirklich

untauglichen Mitteln, die eine Schwerpunktsetzung de facto unmöglich machen. Während man uns noch vor dem Sommer erklärt hat, über den Sommer würde, auch unter Einbeziehung der politischen Referentinnen und Referenten und der Abteilungen, eine Schwerpunktsetzung erfolgen, haben wir nach dem Sommer feststellen müssen, dass es keine Schwerpunkte gegeben hat, weil Schwarz und Grün über den Sommer nichts weitergebracht haben. Dann gab es verschiedene Klausuren, von denen wir immer wieder informiert wurden und aus den Klausuren und nach den Klausuren gab es Stadtregierungssitzungen, in denen wir über die Maßnahmen, auf die man sich geeinigt hat, informiert wurden. Mit mir meine ich, die Klubobleute und die anderen Regierungsmitglieder, die die Möglichkeit haben, an Stadtregierungssitzungen teilzunehmen. Das was man uns vorgelegt hat, ist allerdings in höchstem Maß inkonsistent, unlogisch und von einer Schwerpunktsetzung weit, weit entfernt und was die Sache noch schlimmer macht, sie wird das Problem der Stadt Graz in keiner Weise lösen, sondern führt in tiefere Probleme hinein, das ist jedenfalls meine Prognose und meine Einschätzung. Jetzt will ich mich darauf auslassen, dass beispielgebende Entscheidungen der Politikreduktion der Stadtregierung von neun auf sieben doch in erster Linie eine demokratiepolitische Diskussion erforderlich machen würde und noch sehr viel mehr natürlich die Frage der Reduzierung oder der Zahl der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Wenn da ganz verschämt noch dabeisteht, bei gleichzeitigen demokratiepolitischen Begleitmaßnahmen, frage ich mich, was das überhaupt in einem Budgetpapier verloren hat, aber das müssen die Autoren wissen. Dann gibt es noch eine ganze Reihe anderer Punkte, ein konsequentes Aufgabenmanagement über Eckwerte und dann wird gleich mit drohender und bebender Stimme vom Finanzstadtrat angekündigt und wer da nicht mitmacht, der wird die Konsequenzen zu spüren haben und die Konsequenzen waren auch schon sehr unterschiedlich formuliert. Einmal hat man uns mitgeteilt, die Konsequenz wird darin bestehen, dass diejenigen, die da nicht brav sind, keine AOG zur Verfügung haben. Jetzt ist die AOG aber in Wirklichkeit ja festgelegt über mehrere Jahre, wie wir wissen und es gibt auch Abteilungen, die haben überhaupt keine. Also da geht die Drohung wohl ein bisschen ins Leere. Dann kommt ein anderer Vorschlag beziehungsweise eine andere Drohung, dann machen wir das halt. Na gut, dann macht ihr das halt, die Frage ist nämlich doch die, und das verwirrt mich jetzt einmal mehr, einmal wird gesagt, es soll ein Eckwert über das Gesamtbudget, über den Gesamteckwert in der OG gelegt

werden und dann wird wieder gesagt, aber jede Abteilung soll ihn einzeln einhalten und als Drittes wird behauptet, es gäbe dabei eine Schwerpunktsetzung und das eine schließt das andere schlicht und einfach logisch aus. Entweder man macht Schwerpunktsetzungen oder man sagt, passt auf, das sind die Eckwerte, versucht einmal hinzukommen, erklärt, so hätte ich es jedenfalls gemacht, versucht dann herauszukriegen, wo ist der Eckwert nicht einhaltbar und dann versucht man, sich trotzdem dem Eckwert zu nähern, das gäbe jedenfalls die Chance, Schwerpunktsetzungen zu machen und würde bedeuten, dass sich der Finanzreferent, der sich zugegebenermaßen doch der beträchtlichen Mühe von Budgetverhandlungen unterziehen müsste, davon haben wir bis jetzt nichts gehört, und man höre und staune, es gibt bis zum heutigen Tag nicht einmal einen Terminplan für Budgetverhandlungen und das, obwohl wir schon so Mitte November ein fertiges Budget vorliegen haben sollten. Also keine Budgetverhandlungen, keine Schwerpunktsetzungen und angeboten werden dann stattdessen Gespräche, die leicht, wie soll ich sagen, nicht das ich wen kränken möchte, schon gar niemanden wie unseren Herrn Bürgermeister, der, wie wir alle wissen, es mit der Religion sehr ernst nimmt, aber ein bisschen einen inquisitorischen Charakter haben, also man darf dann vortreten vor eine Kommission, die sich Koalitionsausschuss nennt und darf dann also sagen, das und das wollen wir, würden wir ja gerne, wir sind ja als sozialdemokratische Fraktion und gerade ich auch als jemand, der sich in einem hohen Maß verantwortlich fühlt für die Budgetlage der Stadt Graz und für die Budgetsituation der Stadt Graz bereit, Gespräche zu führen, bereit, Budgetverhandlungen zu führen, bereit Schwerpunkte zu setzen, man muss uns nur lassen und dazu muss man Gelegenheit haben und wir haben jetzt Wochen und Monate versäumt, in denen das geschehen sollte. Der Bürgermeister behauptet dann sehr, sehr gerne, das hat er jetzt schon einige Male gemacht, ich will es ihm leichter machen, ich melde mich auch kein zweites Mal mehr zu Wort, keine Sorge, du kannst dann also unwidersprochen etwas sagen, dafür brauche ich jetzt ein bisschen länger,...

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 00.45 Uhr den Vorsitz.

Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl unverständlich.

StR. Dr. **Riedler**: Doch, weil es hat heute eh keinen Sinn mehr. Aber du sagst dann immer sehr gerne, ja früher wäre das auch so gewesen, dass die Budgets erst spät fertig sind, das stimmt für die letzten Jahre schlicht und einfach nicht und zwar nachweislich nicht. Eine andere Geschichte, die ich von dir immer wieder höre, ich hätte das Budget nicht einmal fertig gehabt, als wir die Pressekonferenz gemacht haben und die Wahrheit ist, es hat sich der eine oder andere Journalist über ein Handout, das er gerne gehabt hätte, beschwert, natürlich waren die Budgets immer und immer sehr sorgfältig und gut vorbereitet fertig, allein schon deshalb, weil wir ja eine hervorragende Finanzabteilung zur Verfügung hatten, die diese Arbeit auch immer sehr gut und sehr konsequent geleistet hat. Was Letztes habe ich jetzt noch gehört, man hätte nicht genau gewusst, wie der Schuldenstand der Stadt Graz ist, das ist richtig, aber gilt für den März 2003, als ich das Budget übernommen haben, weil es damals noch keinen konsolidierten Schuldenstand und keine konsolidierte Darstellung des Schuldenstandes gegeben hat, da hat man nämlich nur die kameralen Schulden aufgelistet, die ja in den letzten Jahren, man kann es in Rechnungsabschlüssen nachlesen, sogar gesunken sind. Also, all das ist vielleicht irgendwie Munition für irgendwelche Show- und Propagandaauftritte, aber hat mit der Realität und zwar, ich sage es noch einmal, nachweislich mit dem Zahlenwerk der Stadt Graz überhaupt nichts zu tun. Zurück zu diesem Vorschlag, der hier gemacht wird und der außerdem festhält, dass eine Umstellung des Budgetsanierungsziels auf Saldo der laufenden Gebarung angestrebt wird, das halte ich für keinen tauglichen Schritt, vor allem deshalb, weil der Gesamtschuldenstand, und das hat der Kollege Rüschi auch sehr korrekt wiedergegeben, tatsächlich das größte Problem der Stadt insofern ist, als die Tilgungen und die Zinszahlungen einen zunehmend großen Teil des Gesamtbudgets auffressen. Dagegen etwas zu machen, war auch das Ziel der vergangenen Periode und wir haben daher einen obersten Level bis zum Jahr 2010 eingezogen, ab dem ein ausgeglichener Haushalt, Schuldenhaushalt gelingen sollte und das Ziel war dann von da weg, nur mehr so viele Kredite aufzunehmen, maximal, wie wir im selben Jahr zurückzahlen in der Lage sind. Das war unser Budgetziel, das hat mit dem Saldo der laufenden Gebarung so gut wie überhaupt

nichts mehr zu tun, weil zum Saldo der laufenden Gebahrung, nur so nebenbei, auch Sondererlöse zählen, die man zum Beispiel aus diversen Tochtergesellschaften abziehen kann und das bedeutet nichts anderes, als das damit zum Beispiel, das ist nur einer der Gründe, warum ich das für einen schlechten Maßstab halte, weil damit auch der Effekt verbunden ist, dass man es sich schönreden kann und ich war immer gegen eine Sache, nämlich gegen das schönreden, dafür bin ich auch kritisiert worden unter anderem vom Bürgermeister, der gemeint hat, man soll die Stadt nicht krank reden. Man soll nicht schönreden, von krankreden war aber auch nicht die Rede, wie du es mir ja vorgeworfen hast hin und wieder jedenfalls in der Vergangenheit, weil ich immer der Meinung war, dass die Wahrheit in diesem Zusammenhang mehr als zumutbar ist. Gut, der Kollege Rüschi meint, uns jetzt eine Wahrheit vermitteln zu müssen, die so neu keineswegs ist, nämlich dass die Finanzsituation schwierig ist, aber dann kommt er auf die Idee, uns in seiner Hochrechnung bis zum Jahr 2015, und das heißt, also weit über die laufende Gemeinderatsperiode hinaus, zwei Sondereffekte unterzujubeln, also unterzujubeln ist jetzt leicht demagogisch, sie stehen ja da, man kann sie lesen, also uns zu präsentieren, nämlich eine jährliche Steigerung bei den Ertragsanteilen von acht Millionen Euro, das entspricht dem Bevölkerungsstand im Jahr 2015 von 300.000 Hauptwohnsitzen. Jetzt muss man dazusagen, wir haben Phasen gehabt auch in der jüngeren Vergangenheit, wie du weißt, Herr Bürgermeister, in denen der Bevölkerungsstand sogar geschrumpft ist aus verschiedenen Gründen. Die Hoffnung darf man wohl haben, dass wir auf 300.000 Einwohner kommen, aber von einer Sicherheit ist in dem Zusammenhang überhaupt nicht auszugehen. Den zweiten Punkt halte ich noch für bedeutend fraglicher, nämlich die von mir vorbereitete Grundsteuergesetznovelle zur Umsetzung zu bringen, die im Übrigen unter Umständen sogar noch sehr viel mehr bringen könnte, wenn es eine umfassende grundlegende Neuerung gäbe, das ist aber wiederum nur in einem neuen Finanzausgleich, aus meiner Sicht jedenfalls, möglich und im Zusammenhang mit einer großen Steuerreform. Apropos Steuerreform, also damit ist schon klar, da gibt es große Widerstände und unser Herr Bürgermeister, der zweimal in der vergangene Periode ausgerückt ist als einer der Chefverhandler des Österreichischen Städtebundes, um bei Finanzausgleichsverhandlungen sein Glück zu machen, ist leider im Großen und Ganzen mit leeren Händen zurückgekommen, so habe ich ihn jedenfalls kritisiert, er selber war der Meinung, er war sehr erfolgreich. Darüber lässt

sich jetzt auch lang streiten, aber das wollen wir vielleicht doch auf einen anderen Termin verschieben, das Streiten jedenfalls, was meinen Teil angeht. Also, über die Steuerreform, die von der Bundesregierung deutlich angedeutet wurde, die von nahezu allen Wirtschaftsforschern als notwendig erachtet wird, lässt sich das hier nicht erkennen. Offensichtlich nicht miteingerechnet, und die Steuerreform ist nur einer der Effekte, die zusätzlichen Druck auf die Budgetentwicklung der Stadt machen wird. Ich denke also, dass es notwendig sein wird, diese Unterlage zu adaptieren, zu überarbeiten, sie ist nicht tauglich als Grundlage für den Abschluss eines Budgets 2009, geschweige denn der Folgebudgets, wie sie es vorgibt, sie enthält Maßnahmen, die zum größeren Teil den Effekt nicht bringen werden, der erwartet wird und die zum Teil aus meiner Sicht auch zu sozialen Ungerechtigkeiten führen werden. Es ist das kein Papier, das eine Zustimmung, eine ernst gemeinte Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion mit sich bringen kann, insbesondere, weil nicht einmal mit einem Nebensatz angedeutet ist, auf welche der Investitionen und auf welche der Ausgaben Schwarz/Grün verzichten will, die man zu höheren Ehren des eigenen Ruhmes umsetzen möchte und die in dieser Form jedenfalls aus unserer Sicht und in dieser Dichte im Moment schlicht und einfach nicht möglich sind, weil wir in schwierigen Zeiten sind oder auf schwierige Zeiten zugehen. Daher sind wir der Meinung, aber mit denen man natürlich recht heftig und üppig im Wahlkampf noch herumagitiert hat. Wir meinen daher, dass diese mittelfristige Finanzplanung nicht ausreichend gut ausgearbeitet ist vom Finanzreferenten und daher keine Zustimmung erfordert, wir sind aber trotzdem bereit, und ich mache dieses Angebot nicht leichtfertig und durchaus sehr, sehr ernst gemeint, über die weitere Budgetentwicklungen und Budgetmöglichkeiten mit der Koalition zu verhandeln und ersuchen recht höflich um Termine, ich bitte aber auch um Verständnis, dass, wenn Schwerpunktsetzungen möglich gemacht werden sollen, wir eigentlich nicht recht sehen, wie wir ein Eckwertbudget abgeben sollen, das ist ja sinnlos, dann schreibt einfach die Zahlen des Jahres 2008 rein, da habt ihr es eh, wenn ihr meint, dass das eine taugliche Methode ist. Ich warne davor, das wird viele, viele Opfer in der Stadt nämlich mit sich bringen, daher bitte ich recht höflich und recht zusammenarbeitsbereit um die Möglichkeit, diese Termine zustande zu bringen (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon sehr spät, oder sehr früh, leider Gottes kommen wir erst zu dieser Stunde zu diesem sehr, sehr wichtigen Punkt, was das Budget anbelangt und gestatten Sie, mir meine Wortmeldung vor dem Gedanken an die Kinder und Kindeskinde zu stellen. Die Budgetverantwortung in den letzten Jahren, ja letzten Jahrzehnten, war immer vom Finanzreferenten von ÖVP oder SPÖ getragen worden. Sie sind es, die den Karren an die Wand gefahren haben, Sie sind verantwortlich für den Schuldenstand von einer Milliarde Euro, Sie sind verantwortlich dafür, dass wir heute nicht einmal die Betriebsausgaben decken können aus dem normalen Budget, aus den normalen Eingaben, aus dem normalen Cash flow, sondern sogar Kredite aufnehmen müssen, damit wir unseren Diesel für den Dienst-Pkw leisten können, dass wir unsere Büromaterialien leisten können, alles das muss zum Teil aus Krediten finanziert werden. Das ist aus meiner Sicht gegenüber den Kindern und Kindeskindern unverantwortlich gewesen, das war der Ausdruck einer asozialen Politik, die ich als verwerflich empfinde. Und ich muss sagen, besonders einprägsam ist es, dass sehr gute Jahre, Sie kennen das aus der Bibel mit den sieben guten und den sieben schlechten Jahren, dass die guten Jahre, die wir gehabt haben, die letzten fünf, sieben Jahre spurlos am Budget vorbeigegangen sind, alles Geld, was an zusätzlichen Steuereinnahmen hereingekommen ist, verbraten worden ist für irgendwelche Projekte, für irgendwelche Spielwiesen, wo man gemeint hat, da kann man sich profilieren, da kann man sich vorne hinstellen und irgendein Bandl durchschneiden, dafür ist Geld in Hülle und Fülle dagewesen.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Die Zeiten sind schon längst vorbei.

Mag. **Mariacher**: Die Zeiten sind noch gar nicht vorbei so lange und ich muss sagen, das waren Zeiten, wo wir auch im Sinne eines wohlverstandenen Keynesianismus das Geld entweder hätten zurückzahlen können an Schulden oder entsprechende Rücklagen zu bilden gehabt hätten für die schlechten Jahre, weil jeder, der den

Zyklus der Wirtschaft kennt, weiß, dass es nach den guten Jahren auch einmal den Einbruch gibt, vor dem wir jetzt stehen und hier heute bei der Diskussion über die Finanzkrise zwei Möglichkeiten gehabt haben, entweder den notleidenden Firmen und den notleidenden Bürgern zu sagen, tut mir leid, wir haben kein Geld, wir haben es schon vorher ausgegeben oder noch einmal in die Tasche zu greifen und den Schuldenstand nachhaltig noch weiter zu erhöhen. Vor der Misere stehen wir und in die Misere haben Sie uns die letzten Jahre und Jahrzehnte gebracht. Wenn wir auch noch hinzurechnen, wir alle haben noch in Erinnerung die Zeitungsartikel, egal welche Personen das waren, die nach Wien gepilgert sind zu den Finanzausgleichsverhandlungen, wie da vorher der Bizeps gezeigt worden ist, ha, wir sind stark und wir fordern und wir werden das erreichen und was dann zustande gekommen ist bei den Finanzausgleichsverhandlungen, das war eigentlich mit den leeren Taschen, relativ gesehen, zurückgekommen ist und welche Hoffnungen immer wieder auch gegenüber dem Land Steiermark aufgekommen sind, ja bei diversen Dingen, diversen Verhandlungsthemen werden wir dem Land Steiermark ein Geld rausreißen, um die Kasse der Stadt Graz zu füllen, das ist doch alles misslungen. Und einerseits wird in Gesprächen immer wieder gesagt, ja, da haben wir große Erwartungen, große Hoffnungen dem Land Steiermark gegenüber und dann findet es sich eigentlich in dieser Unterlage sehr kleinlaut, was die Erwartungen sind. Da ist doch ein markanter Widerspruch, so denke ich. Und wenn wir den Sprung von der Vergangenheit in die Gegenwart uns vornehmen, um zu schauen einerseits relativ durchaus analytisch richtiger Blick auf die Gegenwart der Finanzsituation der Stadt Graz, andererseits zu hören, dass der Dienstpostenplan fortgeschrieben wird, dass man im Grund nur eine Sanierung auf Basis des Eckwertes macht, das heißt, keine strukturellen Eingriffe macht, sich nicht überlegt, welche Ausgaben wirklich gesetzlich determiniert sind, was kalkutativ derzeit gemacht wird und wo man ein Fragezeichen dahinter stellen könnte, ob das zwingend erforderlich ist. Das ist das, was fehlt und was wir auch vom Management her als Ansatz nicht richtig empfinden, das wird der dramatischen Situation, vor der wir beim Budget stehen, einfach nicht gerecht. Zur Finanzkrise, die heute schon Thema war, wenn man allein hier anschaut, die Einschätzung auf der Basis, was ist, wenn wir nichts tun würden, wenn wir den Karren so weiter im Morast drinnen lassen beziehungsweise kaum bewegen können, so denke ich, dass diese Einschätzung, dass wir im Jahre 2015 bei knapp zwei Milliarden wären, wahrscheinlich noch viel zu gut dargestellt ist, weil sie einfach die

Entwicklungen der letzten Monate, Wochen und Tage viel zu wenig berücksichtigt und wir erst sehen werden, und wir kommen ja auch in den nächsten Wochen und Monaten zusammen, ob nicht zusätzliche Ausgaben einfach zwingend erforderlich sein werden, um die jeweilige wirtschaftliche Situation in Graz auch entsprechend, was die Stadt Graz tun kann, auch entsprechend zu beruhigen oder zu unterstützen. Denn aus der Position des Kindes ist es wirklich eine relevante und eine wichtige Sache, ob der Vater des Kindes eine Arbeit hat, ob das Unternehmen, wo der Vater beschäftigt ist, auch entsprechend noch wirtschaftlich überlebt und nicht bereits den Gang zum Konkursrichter antreten musste. Ich denke, dass aus dieser Sicht, aus dem aktuellen Stand der Wirtschafts- und Finanzmarktsituation diese Darstellung, so wie sie heute vorgelegt worden ist, auch im Finanzausschuss, keine ausreichende Gültigkeit hat und keinesfalls, und da bin ich durchaus beim Stadtrat Riedler, nicht Ausdruck ist einer ordnungsgemäßen Gebarung, wie es ein ordnungsgemäßer Kaufmann vorzunehmen hat. Ich denke daher, dass dieses Stückwerk, was da heute vorgelegt wird, nicht die Zustimmung der freiheitlichen Fraktion finden kann, es fehlen wirklich strukturelle Maßnahmen, die notwendig sind, es kann nicht sein, dass man sich auf der einen Seite dienstpostenplanmäßig darüber hinwegschwindelt, dass man die Schulden zwar minimieren möchte, aber eigentlich vor der derzeitigen wirtschaftlichen Situation, die die nächsten Monate und die nächsten ein, zwei Jahre mindestens anhalten wird, nicht das Auslangen finden wird, ich glaube, dass da ein nicht ausreichendes Maß an Seriosität dieser Unterlage zugrunde liegt und wir stimmen daher diesem Informationsbericht nicht zu. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, die Geisterstunde ist genau jetzt vorbei und da sind einige Geister jetzt beschwört worden, wo ich in einem Punkt kontern möchte. Geschätzter Kollege Mariacher, du bist noch nicht so lange Mitglied dieses Gemeinderates, aber wenn du dir die Geschichte anschaust seit 1945, wirst du feststellen, dass auch die freiheitliche Partei in sehr, sehr vielen Jahren Verantwortung und Hauptverantwortung getragen hast, zehn Jahre lang, Bürgermeister Alexander Götz...

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: War gut damals.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, und genau zu dem wollte ich jetzt kommt. Da ist vieles gut gegangen, aber wenn gerade die Belastungen von Kindern und Kindeskindern angeführt worden sind, dann möchte ich nur sagen, das wirklich Problem, das wir haben, und ich werde es immer wieder betonen, ist die Pensionslast, die wir heute zu tragen haben und zwar eine Pensionslast, weil man damals alle pragmatisiert hat und zwar den gesamten Magistrat, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ohne eine Pensionsvorsorge. Und der Magistrat Linz hat 33 Millionen Pensionen, wir haben 93 Millionen und wenn ich die 60 Millionen Euro heute im Budget hätte, dann bräuchte ich überhaupt kein Sparpaket machen, dann könnte man nämlich gleich weiter tun.

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Wer war die stärkste Fraktion, das war die ÖVP.

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, ich habe nie abgeleugnet, dass wir Hauptverantwortung mittragen, ich mache auch keine Vorwürfe. Jetzt kommt noch was, ich bin hereingekommen als Finanzreferent und wenn ich so sagen darf, haben wir damals eine FPÖ gehabt, die sogar stärker war als meine Fraktion und wir haben die Budgets gemeinsam getragen. Die SPÖ ist sogar im Jahr 2002 beim Budget abgehupft und die FPÖ hat, sage ich, damals auch Gott sei Dank das Budget mitgetragen. Aber bitte nicht so tun, als ob die Beschlüsse, die wir damals gefasst haben, günstig waren. Da ist viel weitergegangen, da ist viel passiert, sehr positiv, da ist soviel Geld ausgegeben worden, dass man heute nicht klagen soll und ich sage noch eines, wenn du heute hergehst und sagst, bitte nicht einsparen oder ordentliches Budget, bitte einsparen und das einmal in Ordnung bringen, dann muss man Leistungen zurücknehmen. Wir haben das Geld nicht hinausgepulvert, das bestätigt uns auch immer der Stadtrechnungshof, wir gehen sparsam um, aber wir

schaffen Dienstleistungen und Wohlstand und Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger. Und das soll auch so bleiben, es tut mir ausgesprochen leid, dass es sich wieder nicht ausgeht, weil alle Ansprüche so steigen und auch die gesetzlichen Vorgaben so sind, so viel Geld hat die Stadt Graz nie gehabt und wir versuchen halt, jetzt wieder Eckwerte zu fixieren, die einen Weg aus dieser Sackgasse herausführen. Finanzausgleichsverhandlungen lade ich jeden herzlich ein, der es einmal schafft, dorthin zu fahren und dann unter den Acht zu sein, umgeben von ungefähr 60 bis 100 Sektionschefs und Mitarbeitern dort dabei zu sein, wenn diese Gelder aufgeteilt werden. Ich bin trotzdem stolz drauf, im letzten Finanzausgleich ist uns etwas gelungen, und Kollege Kamper war dabei, 30 Millionen Euro wird uns das ab nächstem Jahr an Plus bringen, 30 Millionen Euro, das ist viel Geld. Dass in der Zwischenzeit leider alles andere wieder explodiert und wir wieder von vorne anfangen können, wird, wenn es so weitergeht, noch vielen Finanzreferenten und Bürgermeistern auch in der Zukunft gehen. Eine wirkliche Sicherheit, die sich manche wünschen, kann heute gar niemand geben und du bist auch vom Fach, du weißt, mit den Rahmenbedingungen heute überhaupt eine Mittelfristdarstellung über zwei/drei Jahre hinaus anzustreben, das ist, trotz der Bemühungen die da von Seiten des Finanzdirektors, seiner Mannschaft und von uns allen drinnen sind, doch nur sehr vage. Zum konsolidierten Schuldenstand auch vielleicht ganz einfach, warum gab es diesen konsolidierten Schuldenstand und dieses Ausweisen im Jahr 2002 noch nicht und wieso hast du auch damit begonnen, weil bei diesem konsolidierten Schuldenstand neben unseren städtisch ausgewiesenen Schulden jetzt auch jene Schulden der Beteiligungen dabei sind, für die wir die Haftung übernommen haben. Aber auch da, lieber Wolfgang, weißt du, dass das Aufstocken von den damaligen 500 Millionen unter Finanzreferent Nagl bis zu deinem Ausscheiden jetzt als Finanzreferent von einer Milliarde, knapp einer Milliarde, dass 500 Millionen Euro in deiner Zeit jetzt dazugekommen sind, gemeinsam beschlossen und auch mitgetragen, aber jetzt ist es wichtig, das einmal konsolidiert darzustellen, weil die Haftungen hat es damals nicht gegeben.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Hat bei mir damals nicht sein müssen, weil du hast es nicht konsolidiert darstellen müssen, aber nicht haften müssen, du hättest es auch tun können, aber dann wären diese gar nicht eingestellt worden, weil die es noch nicht in dem Ausmaß, ich glaube, sogar gar nicht gab. (*Applaus ÖVP*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Einige Bemerkungen möchte ich noch machen. Lieber Kollege Mariacher, mir ist bei Ihnen einfach so gegangen, ich habe das Gefühl gehabt, Sie gehen davon aus, für alles Leid der Welt ist das Budget der Stadt Graz schuld. So sind Sie mir ein bisschen vorgekommen. Ich möchte Ihnen natürlich schon sagen, Sie haben ja so getan, als wäre alles an die Wand gefahren, vergeudet, was auch immer. Bitte, eines ist schon klar, ist ja auch im Rechnungshofbericht festgestellt worden, für das Geld, das die Stadt Graz ausgegeben hat, ist ja was geleistet worden, wir haben etwa im Lauf der letzten zehn Jahre 600 Millionen Euro, über 600 Millionen Euro, investiert, nicht nur in 2003-Bauten, in die Erneuerung von Schulen, Kindergärten usw. Das ist nicht das Problem, sondern das Problem ist, dass eben diese Fülle insgesamt zu einem Budgetproblem geführt hat. Und da muss ich kurz auf den Wolfgang Riedler eingehen, er hat natürlich den fatalen Fehler gemacht, dass er gesagt hat, er wird nicht reagieren. Ich bin der Letzte, der Erfolge in der letzten Regierungsperiode leugnet, die wir alle zusammen unter Bürgermeister Nagl, Finanzstadtrat Wolfgang Riedler und allen Mitgliedern der Stadtregierung erreicht haben. Aber aus meiner Sicht, vielleicht etwas salopp zusammengefasst, hat die Budgetpolitik, nicht mehr, aber auch nicht weniger, einfach Ärgeres verhindert. Lieber Wolfgang, Schuldenstand zu Beginn deiner Periode als Finanzstadtrat 550 Millionen Euro, am Ende eine Milliarde, das heißt, wir haben den Schuldenstand während der letzten Gemeinderatsperiode nahezu verdoppelt. Genau waren es zirka 80 %. Erster Unterschied, den wir heute vorfinden gegenüber vor fünf Jahren. Zweiter Unterschied, es gibt de facto keine Immobilien mehr und es gibt keine wirklichen Rücklagen mehr, mit denen wir die ordentliche Gebarung ausgleichen können, wir müssen uns andere Dinge überlegen. Dritter Unterschied, wir freuen uns genauso über den guten Rechnungsabschluss 2007 wie du, aber alle Welt weiß, das sind zwei Faktoren gewesen, nämlich erstens der sehr, sehr gute Ertrag bei den

Ertragsanteilen und die geringeren Ausgaben im Bereich der außerordentlichen Gebarung. Das waren die wesentlichen Effekte, wie halt das Jahr 2007 tatsächlich relativ gut ist. Einen weiteren Unterschied möchte ich dir noch sagen, wir haben es im Laufe der letzten fünf Jahre eben nicht geschafft, die laufende Gebarung auf Null zu stellen. Und wie du weißt, sind wir die einzige Stadt vergleichbarer Größenordnung in Österreich, die einzige Stadt in Österreich, die in dieser Periode von 2002 bis 2007 einen Abgang in der laufenden Gebarung hat, da es also mehr Ausgaben gegeben hat für Personal, Subventionen usw. als Einnahmen da waren. Ich bleibe auch dabei, mir macht die nicht ausgeglichene laufende Gebarung, dass wir dort einen Ausgabenüberschuss haben von 4.300 Euro pro Stunde, das macht mir persönlich viel mehr Sorgen als der Schuldenstand, ich sage das hier auch ganz deutlich. Denn ich wiederhole mich, wenn wir die laufende Gebarung ausgeglichen haben, dann können wir uns die Schulden jedenfalls insofern leisten, dass wir für die Zinsen keinen neuen Kredit aufnehmen müssen. Das ist ein ganz entscheidender Punkt aus meiner Sicht, darum nochmals, selbstverständlich muss man auf den Schuldenstand schauen, aber mir macht der Abgang in der laufenden Gebarung mehr Probleme als der Schuldenstand an sich. Ich möchte gerne einige Details noch erwähnen und antworten, weil es genannt worden ist. An die Frau Bergmann, die 362 Millionen Euro sind keine Einnahmen, die wir uns von der Beteiligung erwarten, sondern das ist die neue Eckwertsumme insgesamt, derzeit ist sie knapp 300 Millionen Euro, wir werden sie aber um einige Dinge erhöhen, weil sie einfach zu Abteilungen gehören, ganz exakt, wir möchten gerne den Verkehrsdienstvertrag in den Eckwert einbauen für die Verkehrsplanung, sind allein 50 Millionen Euro, weil es, glaube ich, dort auch hingehört und sind einige andere Dinge so, dass die Eckwertsumme 2008, wenn man sie so bereinigt, 362 Millionen ausmachen. Steuerreform nicht eingearbeitet, war der Vorwurf, ich weiß nicht mehr von wem, der Hinweis jedenfalls, die Steuerreform ist eingearbeitet, soweit man sie eben vorwegnehmen kann, ist kalkuliert und wir haben hier keine Milchmädchenrechnung gemacht, ohne zu bedenken, dass wir bei der Steuerreform Geld verlieren. Damit denke ich, habe ich die wichtigsten Dinge aus meiner Sicht gesagt, ich darf nochmals um Annahme, um positive Zustimmung zu diesem Informationsbericht bitten (*Applaus ÖVP*).

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir haben zwei Stücke im öffentlichen Teil noch zu berichten, das Stück mittelfristige Finanzplanung, Budgetvorschau für die Jahre 2009 und 2010, Informationsbericht, Berichterstatter?

Zwischenruf: Das war schon.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, Pardon.

Zwischenruf GRin. Krامل: Zu welchem Stück haben Sie geredet, Herr Bürgermeister?

Berichterstatter: GR. Mag. Frölich

NT 7) A 8 – 29925/06-7
A 8/4 – 7454/2007
A 8/5 – 00035/2004-140

Fachhochschule Graz – Prüffeld;
1. Ausübung der Kaufoption; Ankauf der
Liegenschaft durch die GBG
2. Garantieübernahme durch die Stadt
Graz
3. Rückmietung durch die Stadt Graz
Antrag auf Zustimmung

Mag. **Frölich**: In aller gebotenen Kürze. Mit diesem Stück soll eine Kaufoption gezogen werden, die im Zusammenhang mit der Erweiterung der Fachhochschule steht. Es gilt, eine Liegenschaft zum 1. 10. 2008 aus dem bestehenden Vertragswerk

zu kaufen, die Option ist zum 1.10.08, wie gesagt, zu ziehen. Ich darf den Antragstext verlesen: Namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 5 des Statutes wird das Angebot zum Ankauf der Liegenschaft Prüffeld, Alte Poststraße 150, von der CP-SGP Fachhochschulzentrum Errichtungs GmbH & Co KG um 7.950.000,- Euro zuzüglich Kosten durch die Grazer Bau- und Grünlandgesellschaft ausgeübt. Gemäß § 45 Abs. 3 lit.c des Statutes wird für die dadurch erforderliche Ausweitung der Refinanzierung der GBG die Stadt Graz mit Erfordernis der erhöhten Mehrheit die Garantie übernehmen. Gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 9 des Statutes erfolgt die Rückmietung durch die Stadt Graz zu den marktüblichen Bedingungen. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Gemäß § 45 Abs. 2 Zif. 5 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/1967 idF LGBl. 41/2008 wird das Angebot zum Ankauf der Liegenschaft Prüffeld, Alte Poststraße 150, von der CP-SGP Fachhochschulzentrum Errichtungs GmbH & Co. KG um 7.950.000,- Euro zuzüglich Kosten durch die Grazer Bau- und Grünlandgesellschaft (GBG) ausgeübt.
2. Gemäß § 45 Abs. 3 lit c des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/1967 idF LGBl. 41/2008 wird für die dadurch erforderliche Ausweitung der Refinanzierung der GBG die Stadt Graz mit Erfordernis der erhöhten Mehrheit die Garantie übernehmen.
3. Gemäß § 45 Abs. 2 Zif. 9 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/1967 idF LGBl. 41/2008 erfolgt die Rückmietung durch die Stadt Graz zu den marktüblichen Bedingungen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen (44 : 0).

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz erledigt.

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl schließt die Sitzung des Gemeinderates um 1.11 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GRin. Waltraud Haas-Wippel

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb